

Während der Konferenz in Genua unterlag der Markkurs besonderen Schwankungen. Vom Konferenzbeginn am 8. April bis zum 24. April war eine fast ununterbrochene Wertzunahme der Mark zu verzeichnen. Für den Dollar wurden am 8. April 309 Mk. gezahlt, am 24. April 234 Mk. Dieser rapide Wechsel im Stand der Währungen war aber den deutschen Spekulanten und Exporteuren, die aus Valutagewinnen Milliarden ernten, höchst unangenehm. Und so setzte am 25. und 26. April eine erfolgreiche Gegen Spekulation ein, die den Dollar wieder mit Riesensprüngen in die Höhe trieb: Am 25. April stand er auf 252 und am 26. schon auf 279. Dann ging es wieder stetig abwärts mit der Mark; der 4. Mai sieht sie auf dem Stand vom 8. April. Schneller als die Konferenz zu Ende ging, erreichte die Mark ihren ursprünglichen Tiefstand. Die Produzenten, Händler und Spekulanten, die auf den Kurs von 300 einkalkuliert sind, dürfen wieder beruhigt sein: Für diesmal ist die Gefahr großer Verluste und der Exportunfähigkeit abgewehrt. Was aber wird die nächste Zukunft bringen? Solange der bisherige Zustand der Reparationsleistungen, der automatischen Geldentwertung und des Dumping einerseits — der Tributeinheimung und Massenarbeitslosigkeit andererseits, des Unterkonsums und der Produktionsverminderung insgesamt anhält, ist die Schleuder- und Spekulationswirtschaft weiter möglich. Aber damit wird in absehbarer Zeit wenigstens zum Teil gebrochen werden. Die Stabilisierung der Währungen wird nicht mehr lange zu umgehen sein. Dann muß der deutsche Kapitalismus auf seine mühelosen Valutagewinne, die gesamtwirtschaftlich immer ein Manco bedeuten, verzichten müssen und die wirkliche Leistungsfähigkeit wird an deren Stelle zu treten haben. Und man täusche sich nicht, daß die Rohstoffbeschaffung für die deutsche Wirtschaft immer schwieriger wird und daß die ausländischen Kapitalisten, die ja als Bezahler deutscher Fertigprodukte auch Valutagewinner sind, durch die unaufhörlichen Preisschwankungen unruhig und unsicher geworden sind. Deshalb das Verlangen nach Valutastabilisierung. Sobald das erreicht ist, wird eine Verschiebung auf den Absatzmärkten eintreten, wird insbesondere die deutsche Scheinkonjunktur ein schnelles Ende nehmen. Wenn bis dahin nicht weitere Absatzmöglichkeiten erschlossen werden, wenn vor allem nicht die Konsumkraft des werktätigen Volkes gehoben wird, ist eine Verschärfung der Krise unvermeidlich. Ehe wieder normale Verhältnisse eintreten, werden noch die mannigfaltigsten Stadien der Krise durchzumachen sein.

Sprunghafter noch und ökonomisch einschneidender als die Bewegung der Valuta ist die Steigerung der Preise in die Erscheinung getreten. Wie immer haben die Kohlenbarone in den Preisen die Spitze gehalten. Seit Ende 1921 ist eine fünfmalige rapide Kohlenpreiserhöhung vorgenommen worden, und zwar am 1. Dezember 1921 um 60 Prozent, 1. Februar 1922 um 15 Prozent, 1. März um 30 Prozent, 1. April um 18 Prozent und am 20. April um weitere 25 Prozent. Die Lonne gute Kohle kostet nun glücklicherweise 1200 bis 1500 Mk. — das ist gegenüber den letzten Friedenspreisen eine Steigerung um das durchschnittlich Hundertfache und bewegt sich immer an der Grenze des Weltmarktpreises. Das ist das Ziel führender deutscher Industriekreise, die in dem Wahn leben, mit dem Weltmarktpreise eine Festigung der deutschen Wirtschaft erreichen zu können. Daß die fortwährenden Valutaschwankungen durch diese Rechnung immer wieder einen

Strich machen, liegt auf der Hand. In Wahrheit erstreben die deutschen Kapitalisten mit dem Weltmarktpreis auch nicht die Wirtschaftsstabilisierung, sondern den höchsten Profit, während der Reallohn auf dem tiefen Niveau stehen bleibt.

Der tollen Steigerung der Kohlenpreise folgten in annähernd derselben Höhe die Eisenpreise, deren Gestaltung aus folgender interessanter Übersicht zu entnehmen ist:

pro Tonne	vor dem Kriege	1. 1. 19	1. 5. 20	1. 5. 21	1. 11. 21	1. 12. 21	1. 3. 22	1. 4. 22	1. 5. 22
Hämatit	79,50	314,50	2350,50	1816*	2700	3891	4744	6264	6435
Gieß. I	75,50	250,—	1790,50	1560*	2200	3326	4212	5549	5870
Gieß. III	70,50	249,—	1789,50	1484*	2124	3250	4130	5473	5800
Stahl	79,—	240,—	1626,—	1535	1930	3374	3829	5565	6000
Spiegel	75,—	240,—	1708,—	1708	2021	3067	3951	6020	6525

* mit 50,— Mk. Rabatt pro Tonne, der auch bei den späteren Preiserhöhungen bis jetzt beibehalten wurde.

Der innere Zusammenhang zwischen Kohlen- und Eisenpreisen ist uns schwer zu erkennen, Grad und Tempo sind namentlich in jüngster Zeit gleich und die Eisenindustriellen begründen ihre Preiserhöhungen in der Regel mit den gestiegenen Kohlen- und Erzpreisen. Obwohl gegenüber dem Preise von 1914 schon eine mehr als achtzigfache Verteuerung des Eisens eingetreten ist, erklären die Unternehmer im Roheisenausschuß des Eisenwirtschaftsbundes jedesmal, daß sie die sich aus der allgemeinen Teuerung ergebenden höheren Preise nicht in vollem Umfange für sich in Anspruch nehmen. Mit solchen täuschenden Redensarten versucht man der Öffentlichkeit jede Preissteigerung plausibel zu machen.

In dem Wirbel der Preissteigerungen durften selbstverständlich die Stahlpreise nicht fehlen, deren Veränderung in den letzten Monaten wie folgt vor sich ging: Dezember 1921 um 70 bis 80 Prozent, 20. Februar 1922 um 15 Prozent, 22. März um 21 Prozent, 1. April um 4,4 Prozent und 24. April um 34 Prozent.

Die rapide Steigerung überträgt sich in gerader Linie auf die anderen grundlegenden Wirtschaftszweige, wenn wir die Entwicklung der Getreidepreise betrachten; es kosteten 50 Kilogramm an der Berliner Produktenbörse:

	am 20. Dez 1921	29. März 1922	25. April 1922	3. Mai 1922
Weizen, märk.	338—340	865— 870	685— 640	745— 755
Roggen, märk.	275—280	640— 648	428— 438	560— 565
Sommergerste	350—360	725— 740	565— 574	640— 665
Hafer, märk.	274—280	630— 635	490— 498	610— 627
Mais, nahe Lieferung . .	270—275	550— 552	582— 592	510— 515
Weizenmehl pro 100 Kilo	860—990	2050—2200	1720—1800	1800—1925
Roggenmehl = 100 "	660—720	1430—1560	1100—1220	1175—1300
Weizenkleie	187—190	460— 470	380— 390	410— 420
Roggenkleie	190—192	475— 485	400— 410	415— 425

Der Anfang April eingetretene Preisrückgang hat am 25. April wieder einer aufsteigenden Preistendenz platz gemacht und wenn die Mark ihren neuerlichen Tiefstand behält, die Überschreitung des Weltmarktpreises für

Getreide nicht so nahe gerückt ist, werden die deutschen Getreidepreise den höchsten Spekulationspreis vom März bald wieder erreicht haben.

Die Teuerung herrscht auf der ganzen Linie — vom Urprodukt der Kohle bis zum letzten Fertigprodukt. Hingewiesen sei nur noch auf die Baustoffe, die gegen das Vorjahr um das drei- bis vierfache im Preise gestiegen sind. 1000 Ringofensteine kosteten am 1. Juli 1921 400 Mk., am 1. April 1922 1200 Mk., ein Zentner Zement stand im Juli 1921 auf 30,75 Mk., im April 1922 auf 94 Mk., in demselben Zeitraum stieg der Preis für zehn Tonnen Kalk von 2450 auf 7800 Mk., ein Kubikmeter Kantholz verteuerte sich von 600 auf 4500 Mk. In diesem Verhältnis sind auch die Preise für Gips, Glas, Farben, Öle, Nägel und Baubeschläge gestiegen. Wenn unter solchen Umständen auch in diesem Jahr die Bauarbeiten nur in geringem Umfang in Angriff genommen werden, so ist das angesichts dieser Preise und der vorhandenen geringen Mittel nicht verwunderlich; an eine Milderung der Wohnungsnot kann ebensowenig gedacht werden, wie an eine Besserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage.

Die Eisenbahn konnte von der Revolution der Preise naturgemäß nicht unberührt bleiben, sie hat kurz hintereinander dreimal die Gütertarife erhöhen müssen: am 1. Februar 1922 um 30 Prozent, 1. März um 20 Proz., 1. April um 40 Prozent; die Personentarife wurden am 1. Februar um 75 Prozent erhöht.

Alles in allem muß festgestellt werden, daß eine neue schwere Teuerungswelle hereingebrochen ist, die am schwersten die arbeitenden Volksmassen trifft. Denn es kann auch für diesen Teuerungsschnitt als sicher gelten, daß die Löhne nicht entfernt mit den Preisen Schritt gehalten haben. Die Teuerungszahlen der Frankfurter Zeitung, berechnet nach den Großhandelspreisen, zeigen folgende Entwicklung:

Anfang	Januar 1922	317
=	Februar 1922	352
=	März 1922	484
=	April 1922	543
=	Mai 1922	585

Es wird niemand behaupten wollen, daß im ersten Vierteljahr 1922 die Löhne und Gehälter mit derselben Schnelligkeit gestiegen sind wie die Preise. Für die Ermittlung des Zusammenhangs zwischen Preisen und Löhnen fehlen uns noch immer umfassende statistische Arbeiten, die rechtzeitig orientieren. Zu den vorhandenen Teilstatistiken ist kürzlich eine solche des bayerischen statistischen Amtes gekommen, die uns mit einer Deutlichkeit ohnegleichen zeigt, wie weit die Löhne hinter den Preisen zurückgeblieben sind. Nach dieser Erhebung sind die Preise vom Juli 1914 bis zum 10. April 1922 um das dreiundvierzigfache gestiegen, die Löhne dagegen nur um das dreiundzwanzigfache. Die Löhne sind also nahezu um die Hälfte hinter den Preisen zurück. Entsprechend den gestiegenen Preisen müßte gegenwärtig ein Tischler in Bayern einen Wochenverdienst in Höhe von 1466,91 Mark haben, verdient aber nur 795,80 Mk.; um den Betrag von 671,11 Mk. steht er unter dem Existenzminimum. Was für Bayern jetzt festgestellt wird, hat in ähnlicher Weise die Statistik in Sachsen ergeben, haben auch die Ermittlungen des ADGB (enthalten in der Denkschrift an die Konferenz in

Genua) in den Städten Berlin, Baulzen, Frankfurt a. M., Hamburg, München, Hagen, Dresden, Essen gezeitigt; diese letztere Statistik hat nur den einen Mangel, daß der ganzen Berechnung nicht das Existenzminimum von 1914 zugrunde gelegt ist.

Die unverkennbar vorhandene Tendenz, daß der Abstand zwischen Löhnen und Preisen immer größer wird, zwingt die proletarischen Organisationen, Maßnahmen zur Sicherung des Reallohnes zu ergreifen. Die Gewerkschaften müssen mit aller Kraft dem Druck des Kapitals Einhalt gebieten. Der Achtstundentag ist ernstlich gefährdet und eine Verlängerung des Arbeitstages führt naturnotwendig zu einer Senkung des Reallohnes. Hierher gehört aber auch die Belastung des werttätigen Volkes durch das letzte Steuerkompromiß, dessen Auswirkungen erst zum kleinsten Teil in der neuen Steuerungsstufe in die Erscheinung treten. Lediglich die Erhöhung der Kohlensteuer ist in dem Kohlenpreis vom 20. April enthalten, die ökonomische Einordnung aller anderen Steuern steht noch bevor. Daß aber auch das zu einer Schmälerung des Reallohnes wesentlich beitragen wird, kann in Anbetracht der Überwälzung der Steuern durch die Besitzenden auf die Besitzlosen nicht einen Augenblick zweifelhaft sein.

Wie weit entfernt wir von wirtschaftlicher Gesundung und Festigung sind, zeigt unter anderm auch die Handelsbilanz, die in den Monaten Dezember 1921 und Januar und Februar 1922 „aktiv“ war, im März dagegen wieder eine erschreckende Passivität aufweist. Die „Aktivität“ in den genannten drei Monaten, aus denen schon die kühnsten Folgerungen gezogen wurden, war in Wirklichkeit mehr eine Noterscheinung als der Ausdruck beginnender Wirtschaftsstabilisierung — sie war einfach die Folge beschränkter Rohstoffeinfuhr und deshalb im tiefsten Grunde ein Krisensymptom mehr. Es wurden dem Werte nach ein- und ausgeführt:

	Einfuhr Mill. Mark	Ausfuhr Mill. Mark	Einfuhr- bzw. (-) Ausfuhrüberschuß (+)
Oktober 1921	13814	9682	- 4133
November 1921	12272	11887	- 386
Dezember 1921	13701	14468	+ 766
Januar 1922	12640	14394	+ 1753
Februar 1922	12000	14482	+ 2480
März 1922	22900	21300	- 1600

Die Einfuhrmenge stieg von Februar zum März von 14,7 auf 26,4 Millionen Doppelzentner. Von der Zunahme um 11,6 Millionen Doppelzentner entfallen 8,3 Millionen Doppelzentner auf Rohstoffe. Der Einfuhrausfall in den drei vorhergehenden Monaten ist danach wohl zum Teil ausgeglichen, aber der dringende Rohstoffbedarf, insbesondere in der Textilindustrie, dürfte auch für die nächsten Monate eine passive Handelsbilanz erwarten lassen. Man soll sich schließlich darüber klar sein, daß die Aktivität der Handelsbilanz so lange eine Täuschung bleibt, als die Kriegsfolgen, die Ausfuhrung des Friedensvertrages und die Ungunst und Unsicherheit des Rohstoffbezuges auf der deutschen Wirtschaft lasten.

Geldentwertung und Teuerung haben begreiflicherweise zu einem erhöhten Kapitalbedarf der Industrie geführt. Die finanziellen Mehranforderungen sind aus folgender Übersicht für die ersten vier Monate 1922, denen

die gleichen Monate des Vorjahres gegenüber gestellt sind, zu ersehen (in Millionen Mark):

	Stamm- aktien		Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht				Industrie- obligationen		Zusammen	
	1921	1922	1921	1922	1921	1922	1921	1922	1921	1922
Januar	908	1256	57	80	190	286	396	1688	1551	3260
Februar	1329	919	38	23	390	148	686	815	2998	1405
März	557	2574	19	104	90	257	143	1240	809	4175
April	1988	3147	20	128	132	159	694	241	2834	3675
Zus.	4762	7896	134	285	802	850	1869	3484	7587	12515

Das „papierene Kleid“ der Wirtschaft hat nach diesen Zahlen eine ganz wesentliche Erweiterung erfahren, alle Formen industrieller Betätigung erheischen ein beträchtliches Mehr an flüssigem Geld, ohne daß in dem gleichen Maße durchweg die Fähigkeit vorhanden gewesen wäre, es aufzubringen. Die kapitalistische Handelspresse beschäftigt sich eingehend mit der Kapital- und Kreditnot — zweifellos stark übertrieben, aber doch nicht ganz von der Hand zu weisen.

An dieser Erscheinung wird die Krise sich indes nicht verschärfen, sondern die große Gefahr besteht in der immer weiter um sich greifenden Passivität der gesamten Volkswirtschaft, die nicht aus einem Punkte kuriert werden kann, die vielmehr nur behoben zu werden vermag, wenn der ganze Ursachenkomplex innerer und äußerer Hemmnisse in Wegfall kommt: die imperialistische Weltwirtschaftszerstörung ebenso wie die kapitalistische Spekulations- und Profitwut. Alle anderen Diagnosen sind nur schöne Worte, denen zum Trost die alten Nöte sich steigern und neue hinzukommen.

Die deutsche Seeschifffahrt

Lony Sender, Frankfurt a. M.

II.

Mit diesem geringen Schiffsbestand trat Deutschland nach Ausführung des Friedensvertrages in die Friedenswirtschaft ein. Wir werden jedoch sehen, wie verschieden die Wirkung auf die Schiffseigner selbst und die deutsche Volkswirtschaft war.

In Friedenszeiten bildeten die Einnahmen der deutschen Seeschifffahrt aus Fahrten resp. Verfrachtungen für das Ausland eine sehr wesentliche Verbesserung der deutschen Zahlungsbilanz, da die Wirkung dieses Frachtgeschäfts gleichkommt der Ausfuhr deutscher Ware, denn auch die Lieferung deutschen Frachtraums an das Ausland schafft ausländische Guthaben, Zahlungsverpflichtung des Auslands an Deutschland.

Dieser Aktivposten für die deutsche Zahlungsbilanz ist mit der Wegnahme der Flotte verschwunden; das mußte umso empfindlicher sein angesichts der Abtretung wichtiger Rohstoffgebiete — Elsaß-Lothringen, Oberschlesien usw. — auf Grund des Friedensvertrages und des aus verschiedenen hier nicht näher zu erörternden Ursachen herrührenden starken Rückgangs der

Produktion. Neben der Finanzmiskwirtschaft des Krieges, der mangelhaften, den Besitz schonenden Steuerpolitik der deutschen Republik mußte auch die Passivität der Zahlungsbilanz dadurch, daß unsere Zahlungen an das Ausland die Zahlungen des Auslands an uns übersteigen, einen weiteren Druck auf die deutsche Mark ausüben und die Inflation steigern.

Deutschland ist aber ein auf fremde Einfuhr angewiesenes Land. Diese Einfuhr aber konnte nicht allein mit deutschem Schiffsraum herangebracht werden, es wurden hierfür auch ausländische Schiffe in Anspruch genommen. Dafür mußte aber die Zahlung der Fracht in ausländischer Währung erfolgen, was wiederum angefahts des Tiefstandes der Mark eine ungeheure Spesenbelastung der eingeführten Waren und starke Verteuerung der Preise mit sich brachte. Beachtet man, daß ein großer Teil der deutschen Einfuhr aus Lebensmitteln besteht, so ist kein Zweifel darüber, daß es die breiten Massen der Konsumenten in erster Linie waren, die die Folgen auch dieser Maßnahmen des Friedensvertrages zu spüren bekamen.

Auf die Reedereien selbst war die Wirkung nicht die gleiche. Zunächst sei daran erinnert, daß es einer ganzen Reihe deutscher Reedereien auch während des Krieges möglich war, ansehnliche Dividenden zur Ausschüttung zu bringen. Wir wollen nur einige nachstehend anführen:

	Dividende in Prozent				
	1914	1915	1916	1917	1918
Baltische Reederei A.-G., Hamburg	—	—	20	60	—
Bugfier-Reederei und Bergungs-A.-G., Hamburg 8	10	25	30	26	
Continentale Reederei A.-G.	—	2 ¹ / ₂	7	10	—
Neptun, Bremen	—	—	—	10	20
Danziger Reederei A.-G., Danzig	—	4	12	18	15
Ender Reederei A.-G., Hamburg	—	15	20	28	6
Flensburger Dampfer Co., Flensburg	—	—	15	20	20
Neue Dampfer Co., Stettin	—	2	10	10	8
„Seefahrt“, Bremen	—	7	15	15	12

Aber auch nach dem Kriege haben zugestandenermaßen in der Zeit zwischen Waffenstillstand und Friedensvertrag die deutschen Schiffseigner an der Charterung deutscher Schiffe durch die Ententestaaten sehr gute Geschäfte machen können. Und schließlich wirkt der Tiefstand der deutschen Valuta auf die Reedereibesitzer in umgekehrter Weise wie auf den deutschen Verbraucher. Die Tatsache, daß die fremden Frachten in ausländischer Valuta zu zahlen sind, schaltet die in normalen Verhältnissen regulierende und preismindernde Wirkung der ausländischen Konkurrenz aus; das Gegenteil aber tritt ein: Wie auf allen Gebieten macht sich auch auf dem Frachtenmarkt das Streben nach Annäherung an den Weltmarktpreis geltend und bewirkt so einen Hochstand der deutschen Frachtraten, der trotz des geringeren Schiffsbestandes die Gesellschaften hohe Profite erzielen läßt.

Trotz der Bemühungen der deutschen Seeschifffahrt um die Beherrschung des deutschen Marktes, muß sie allerdings mit einer nicht unerheblichen ausländischen Konkurrenz rechnen. Wohl hat der Schiffsverkehr in den deutschen Seehäfen seit dem Kriegsende wieder sehr erheblich zugenommen, wenn er auch noch nicht den Friedensstand erreichen konnte, aber es hat eine sehr starke Verschiebung in dem Anteil der Flaggen stattgefunden. War vor dem

Kriege der Anteil der deutschen Flagge in allen Häfen stark überwiegend, so hat sie nunmehr diesen Platz der fremden Schifffahrt abtreten müssen. Dies wird illustriert durch eine Veröffentlichung im Heft 5 2. Jahrg. von „Wirtschaft und Statistik“, das den Anteil der wichtigsten Flaggen am Schiffsverkehr der Nordsee im Jahre 1921 wie folgt veranschaulicht:

Häfen	Anteil der Flagge am Schiffsverkehr in Prozent					
	a nach Zahl der Schiffe,		b nach Zahl der Nettoregistertonnen			
	Deutsche	Amerikanische	Britische	Holländische	Sonstige europäische	Sonst. außer-europäische
Hamburg	a 57,0	4,5	17,3	6,9	13,4	0,9
	b 20,8	17,0	31,3	10,2	17,4	3,3
Cuxhaven	a 79,2	3,9	3,7	4,0	9,2	—
	b 18,1	21,3	26,6	8,6	25,4	—
Altona	a 77,5	—	6,8	7,7	8,0	—
	b 59,5	2,2	29,5	3,7	5,1	—
Geestemünde . .	a 75,8	3,6	4,8	1,2	14,6	—
	b 53,0	17,8	12,8	0,7	15,7	—
Emden	a 89,0	0,3	0,9	0,9	8,5	0,4

Beim Vergleich der Ziffern fällt auf, daß der deutsche Anteil an der Anzahl der Schiffe noch immer überwiegend ist, daß jedoch sein Anteil an Nettoregistertonnen sehr erheblich zurücksteht. Darin kommt die Tatsache der auf Grund des Friedensvertrages an die Alliierten erfolgten Auslieferung der großen Dampfer zum Ausdruck.

Dasselbe Faktum kehrt wieder in einem von der gleichen Zeitschrift gegebenen Überblick über den Schiffsverkehr in zwölf deutschen Seehäfen im Januar 1922. Danach ist insgesamt wohl ein bedeutend gesteigerter Schiffsverkehr festzustellen; aber während auch hier der Zahl nach die deutschen Schiffe am stärksten vertreten sind, machen sie der Zahl der Nettoregistertonnen nach nur 30,9 Prozent bei den angekommenen Schiffen und 33,6 Prozent bei den abgegangenen Schiffen aus. Dabei ist von den fremden Flaggen die britische noch vorherrschend, direkt nach ihnen rangieren die nordamerikanischen, sodann die niederländischen und norwegischen.

Nun sind die deutschen Reedereien mit allen Kräften bestrebt, sich ihren Anteil am Weltverkehr durch den Wiederaufbau der deutschen Flotte zu sichern. Abgesehen von der ihnen vom Reich gegebenen sehr erheblichen Abfindung — auf die noch im einzelnen einzugehen sein wird —, gingen die meisten Gesellschaften zu sehr erheblichen Kapitalserhöhungen über, um so den durch die Valutaentwertung notwendigen erhöhten Papiergeldbedarf zu decken, zum Teil auch um ihre Verbindungen mit ausländischen, speziell amerikanischen Unternehmungen durchführen zu können. Auf dem deutschen Seeschiffahrtstag im März d. J. teilte der Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd mit, daß bisher 280 Schiffe mit 1,95 Millionen Tonnen Tragfähigkeit wiederhergestellt worden seien, während sich 230 Schiffe mit 1,25 Millionen Tonnen Tragfähigkeit im Bau befänden. Dies konnte natürlich nur erreicht werden durch beträchtliche Kapitalserhöhungen, die seit dem Wiederaufleben der deutschen Seeschiffahrt vorgenommen und auch im vergangenen

Seeschiffahrtsgesellschaften. a) Kapitalerhöhungen

Monat	Name	Ort	Gründungs-jahr	Aktien-kapital ultimo 1920	Erhöhungen				Aktien-kapital ultimo 1921	Dividende			
					Stamm-aktien	Aus-gabe-kurs	Vorzugs-aktien	Aus-gabe-kurs		1913	1917	1919	1920
Jan.	Euxhaven-Brunsbüttel A.-G.	Euxhaven	1908	150 000	450 000	115	—	—	600 000	0	5	19	15
Febr.	A.-G. Reederei Norden, Trifia	Norderney	1910	810 000	290 000	100	—	—	1 100 000	0	4	5	10
	Röthner Seeschiffahrts-A.-G.	Röthn	1920	300 000	1 700 000	110	—	—	2 000 000	—	—	—	—
März	Norddeutscher Lloyd ¹	Bremen	1857	125 000 000	125 000 000	110	—	—	600 000 000	8	0	8	8
April	Deutsche Ost-Afrika-Linie	Hamburg	1890	10 000 000	10 000 000	100	—	—	20 000 000	8	0	8	8
	Hamburg-Amerikanische Paketfahrt-A.-G. ²	Hamburg	1847	185 000 000	—	—	50 000 000	100	285 000 000	10	0	8	8
	Neue Dampfer-Compagnie	Stettin	1856	9 500 000	6 000 000	107	—	—	15 500 000	8	10	10	—
Juni	Continental Reederei A.-G.	Hamburg	1899	10 000 000	10 000 000	125	—	—	20 000 000	8	10	6	11
	Hamburg-Südamerik. Dampfschiffahrts-A.-G.	Hamburg	1871	30 000 000	—	—	20 000 000	100	50 000 000	14	—	16	16
Juli	Deutsch-Australische Dampfschiffs-Ges.	Hamburg	1888	20 500 000	40 000 000	135	—	—	62 500 000	14	0	10	—
	Deutsche Dampfschiffahrts-Ges. „Kosmos“	Hamburg	1872	14 000 000	46 000 000	135	—	—	60 000 000	16	—	20	—
Aug.	Hamburg-Amerikanische Paketfahrt-A.-G.	Hamburg	1847	185 000 000	—	—	50 000 000	100	285 000 000	10	0	8	8
Sept.	Jordan & Berger Nachfolg. (früher Jordabergs Reederei A.-G.) ¹	Hamburg	1917	1 000 000	9 000 000	105	—	—	20 000 000	—	0	4	—
Nov.	Bremer Schleppschiffahrts-Gesellschaft	Bremen	1886	2 360 000	—	—	1 890 000	100	4 250 000	0	12	20	—
	Reederei A.-G. Phönix	Hamburg	1921	—	1 500 000	110	—	—	2 500 000	—	—	—	—
	Seereederei Frigga A.-G.	Hamburg	1921	—	10 000 000	100	—	—	20 000 000	—	—	—	—
Dez.	Jordan & Berger (früher Jordabergs Reederei)	Hamburg	1917	1 000 000	10 000 000	—	—	—	20 000 000	—	0	4	—
	Rüfentransport- und Bergungs-A.-G.	Hamburg	1921	—	4 000 000	125	—	—	12 000 000	—	—	—	—
	Norddeutscher Lloyd	Bremen	1857	125 000 000	225 000 000	135	125 000 000	100	600 000 000	8	0	8	8
	Oldenburg-Portugies. Dampfschiffahrts-A.-G.	Hamburg	1882	4 000 000	8 000 000	330	—	—	12 000 000	16	15	20	20
	Roland-Linie A.-G.	Bremen	1905	24 000 000	50 000 000	175	20 000 000	100	94 000 000	8	4	8	8
Stettin-Rigaer Dampfschiff-Ges. Th. Gröbel	Stettin	1874	810 000	8 190 000	?	—	—	9 000 000	7	0	0	15	

Die benannte Seeschiffahrt

¹ Siehe auch Dezember. ² Siehe auch August. ³ Erhöhung um 22 Millionen Mark Vorzugsaktien, beschlossen am 22. Juni 1921.

⁴ 5 Millionen à 140 Prozent, 5 Millionen à 150 Prozent.

Seeschiffahrtsgesellschaften. b) Neugründungen

Monat	Name	Ort	Aktienkapital	Ausgabe- kurs
Jan.	Oldenburger Reederei A.=G.	Oldenburg	914 500	100
	Hans J. Riischer A.=G.	Hamburg	4 000 000	100
	Seereederei „Frigga“ A.=G.	Hamburg	10 000 000	100
Mai	Rüstentransport- und Bergungs-A.=G.	Hamburg	8 000 000	100
	Reederei-A.=G. Phönix	Hamburg	1 000 000	100
Aug.	Stella, A.=G. für Reederei und Handel	Hamburg	8 000 000	110
	Deutsche Orient-Linie A.=G.	Stettin	6 000 000	100
Sept.	„Nordland“, Handels-Schiffahrts-A.=G.	Harburg	100 000	100
Dez.	Bremer Reederei-Vereinigung A.=G.	Bremen	20 000 000	100
	Continental Schiffsahrts-Linie A.=G.	Hamburg	20 000 000	115
	Damsschiffahrtsgesellschaft Wisurgis A.=G.	Bremen	5 200 000	100
	Deutsch-Scandinavische Reederei-A.=G.	Hamburg	7 000 000	100
	Globus Reederei A.=G.	Bremen	100 000 000 ¹	100
	Hermann Rinne, Kommandit-Gesellsch. auf Aktien	Bremen	85 000 000	100
	Übersee-Reederei-A.=G.	Geestemünde	7 500 000 ²	110

¹ Davon 25 000 000 Mk. Vorzugsaktien.

² Davon 7 250 000 Mk. Stammaktien und 250 000 Mk. Vorzugsaktien.

Jahre in sprunghafter Weise fortgesetzt wurden. Interessant ist hierbei nicht nur die Tatsache, daß der deutsche Geldmarkt die, wie man sehen wird, sehr beträchtlichen Summen bereitzustellen in der Lage war und somit die Steuer-schraube des Reiches recht schonend den Kapitalbesitzern gegenüber verfahren sein mußte, sondern noch bemerkenswerter ist der Umstand, daß trotz des zum Teil ganz bedeutend erhöhten Aktienkapitals die Ausschüttung sehr hoher Dividenden auch auf dieses erhöhte Aktienkapital möglich war. Die Aktiengesellschaften können somit nicht mehr geltend machen, daß die hohen Dividenden ein Trugbild gäben, weil sie ja auf ein Kapital gezahlt würden, das noch in Goldmark in der Vorkriegszeit gegeben war, denn hier handelt es sich bereits um verwässertes (in Papiermark eingezahltes) Aktienkapital und auch auf dieses noch wird eine die Verzinsung der kleinen Kapitalien um ein mehrfaches übersteigende Profitrate möglich.

Die vorstehenden Tabellen der Seeschiffahrtsgesellschaften geben unter

a) ein Bild der allein im Jahre 1921 erfolgten Kapitalerhöhungen nebst in den letzten Jahren ausgeschütteter Dividenden, und unter

b) eine Aufstellung der im Jahre 1921 erfolgten Neugründungen.

Im folgenden Artikel soll die organisatorische Umgestaltung der Reedereien auf dem nationalen und internationalen Markt geschildert werden.

Indexziffer und gleitende Lohnskala*

Dr. R. Kuczynski

Wenn Sie mich vor zehn Jahren aufgefordert hätten, über Indexziffer und gleitende Lohnskala zu sprechen, so würde ich Ihnen etwa gesagt haben: Indexziffer ist eine Prozentzahl, die in der Weise berechnet wird, daß zum Beispiel die Großhandelspreise der Jahre 1847 bis 1850 gleich 100 gesetzt werden und dann ermittelt wird, wieviel Prozent davon die Preise des Jahres 1911, 1912 usw. ausmachen.

Gleitende Lohnskala ist eine Form der Gewinnbeteiligung, die in einzelnen Betrieben in England und Amerika seit den sechziger Jahren angewendet wird und bei der die Löhne je nach den Verkaufspreisen der Erzeugnisse des betreffenden Unternehmens auf- und abgeleitet. Die gleitende Lohnskala hat nichts mit den Kosten der Lebenshaltung zu tun, sondern bezweckt lediglich, den Arbeiter an der guten oder schlechten Konjunktur der Industrie, in der er tätig ist, teilnehmen zu lassen.

Ich hätte dann weiter gesagt: Ich verstehe nicht, was Sie von einem Vortrag über Indexziffer und gleitende Lohnskala erwarten; ebensogut hätten Sie mich auffordern können, über „Börsekurse und Akkordlohn“ oder über zwei x-beliebige andere Dinge zu reden, die nichts Rechtes miteinander gemein haben.

Heute sind wir uns alle darüber klar, worum es sich handelt, wenn Ihre Betriebsrätezentrale uns zu einer Aussprache über Indexziffer und gleitende Lohnskala eingeladen hat. Es handelt sich um die **Verwendbarkeit von Lebenshaltungsindezziffern für gleitende Lohnskalen.**

Wenn ich unser Thema so formuliere, so habe ich schon eine ganze Reihe von Indexziffern ausgeschlossen, um die wir uns nicht kümmern wollen. Hierher gehören:

1. alle Indexziffern für **Großhandelspreise**, denn die Großhandelspreise beeinflussen die Kosten der Lebenshaltung nur indirekt. Haben wir es doch häufig, z. B. im vorigen Herbst, erlebt, daß die Großhandelspreise bei starkem Steigen des Dollars stark stiegen, in wenigen Wochen auf das Doppelte und mehr, während die Kleinhandelspreise nur langsam folgten, und wir erleben es umgekehrt, z. B. gerade jetzt, daß Großhandelspreise fallen — ich erinnere an Mehl —, während man im Kleinhandel eine Wirkung davon nicht spürt.

2. Aber auch alle Indexziffern für **Kleinhandelspreise** müssen außer Betracht bleiben, denn um die Verteuerung der Kosten der Lebenshaltung gegenüber der Vorkriegszeit kennen zu lernen, genügt es nicht, die Bewegung der Kleinhandelspreise zu erforschen. Jedermann hat Ausgaben, die mit Kleinhandelspreisen nichts zu tun haben; ich nenne die Miete, die Gewerkschaftsbeiträge, die Einkommensteuer. Aus diesem Grunde müssen auch aus-

* Der nachstehende Vortrag wurde gehalten in der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des Wuppertals in Barmen am 18. April 1922. Der Referent stellt in instruktiver Darlegung die Bewertung der Indexziffern in den Vordergrund, ein Gebiet, das unsere besondere Aufmerksamkeit verdient. Wir begrüßen es, die wichtigsten Partien dieses Vortrages bringen zu können.

3. alle Indexziffern der **Ernährungskosten**, denn die Ernährung bildet nur einen, wenn auch sehr wichtigen Ausgabeposten im Arbeiterhaushalt. Deshalb brauchen wir heute auch nicht von den Indexziffern zu sprechen, die Jastrow im Jahre 1898 begonnen und die dann Calver im Jahre 1911 fortgesetzt hat und noch heute fortführt. Sie mögen für andere Zwecke brauchbar sein, einen Maßstab für eine gleitende Lohnskala können sie nie und nimmer bieten; denn es ist sehr wohl möglich, daß bei sinkenden Ernährungskosten die gesamten Lebenshaltungskosten steigen, z. B. infolge einer starken Verteuerung von Kohle, Kleidung usw., und es ist umgekehrt sehr wohl möglich, daß bei steigenden Ernährungskosten die gesamten Lebenshaltungskosten sinken. Als ein Beispiel hierfür darf ich vielleicht erwähnen, daß nach meinen Berechnungen die Kosten des Existenzminimums in Berlin im Januar trotz starker Preissteigerung für die wichtigsten Nahrungsmittel niedriger waren als im Dezember, weil durch die Novelle zum Reichseinkommensteuergesetz, die am 1. Januar in Kraft trat, der Steuerabzug vom Lohn so stark ermäßigt wurde, daß die hierdurch bewirkte Steuerersparnis das notwendige Mehr an Ausgaben für Ernährung reichlich aufwog.

4. Danach müßten streng genommen auch die **Teuerungsziffern** des Statistischen Reichsamts aus unserer Betrachtung ausscheiden, denn sie behandeln ja auch nicht alle Lebensbedürfnisse, sondern bisher nur Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, während die Einbeziehung von Kleidung erst in Vorbereitung ist und die Einbeziehung aller übrigen Ausgaben überhaupt nicht beabsichtigt wird. In Ermanglung wirklicher Lebenshaltungsziffern, die sich über das ganze Reich erstrecken, dürfen wir aber diese Teuerungsziffern trotz aller grundsätzlichen Bedenken nicht von vornherein als Maßstab für die gleitende Lohnskala ablehnen.

Wie berechnet nun das Statistische Reichsamt seine Teuerungsziffern?

Das Amt läßt seit Ende 1919 in etwa 600 deutschen Gemeinden allmonatlich die häufigsten Kleinhandelspreise der wichtigsten Nahrungsmittel, Heizstoffe, Leuchtstoffe und ferner die übliche Miete für Kleinwohnungen feststellen. Auf Grund dieses Materials berechnet es dann seine **Teuerungszahlen** wie folgt:

Es geht davon aus, daß eine fünfköpfige Familie, bestehend aus Mann, Frau und drei Kindern von 12, 7 und $1\frac{1}{2}$ Jahren, zu einer auskömmlichen Ernährung für vier Wochen Nahrungsmittel im Nährwert von soundsoviel Kalorien — sagen wir 300 000 Kalorien — benötigt. Diesen Bedarf kann sie im allgemeinen auf verhältnismäßig billige Weise decken durch Beschaffung von 47 kg Brot, 15 kg Nahrungsmittel, 70 kg Kartoffeln, 30 kg Gemüse, $1\frac{1}{2}$ kg Fleisch, 3 kg Schellfisch, $1\frac{1}{2}$ kg Speck, $4\frac{1}{2}$ kg Fett, $1\frac{1}{2}$ kg Salzheringen, $3\frac{1}{2}$ kg Zucker, 10 Eier und 28 Liter Vollmilch. An Brennstoffen braucht eine solche Familie nach dem Schema des Statistischen Reichsamts für vier Wochen 3 Zentner Steinkohlen oder 5 Zentner Braunkohlen oder 4 Zentner Braunkohlenbriketts oder 6 Zentner Torf oder 5 Zentner Brennholz oder 40 Kubikmeter Kochgas; an Leuchtstoffen 15 Kubikmeter Leuchtgas oder 5 Kilowattstunden Elektrizität oder 1000 Gramm Kerzen oder 4000 Gramm Karbid oder 7 Liter Petroleum. Dazu kommt die Monatsmiete einer Wohnung von zwei Zimmern und

Küche. Die Summe dieser Ausgaben betrug zum Beispiel in Berlin im März 2297 Mk. 2297 war damit die Teuerungszahl von Berlin für März 1922. Das Statistische Reichsamt hat sich dann im Laufe des Jahres 1920 von einer Anzahl Gemeinden nachträglich für das Jahr 1913/14 die häufigsten Kleinhandelspreise derselben Nahrungsmittel, Heizstoffe, Leuchtstoffe und den üblichen Mietpreis einer Wohnung von zwei Zimmern und Küche angeben lassen und hat daraufhin Teuerungszahlen für 1913/14 berechnet. Für Berlin ergab sich als Teuerungszahl 103,62. Die Teuerungszahl war hier also im März 1922 mit 2297 Mk. 22,17mal so hoch wie 1913/14, und dementsprechend war die Teuerungsindeziffer für Berlin im März 1922: 2217. Für die 71 deutschen Gemeinden, die in den Eildienst des Statistischen Reichsamts einbezogen waren, ergab sich insgesamt als Teuerungsindeziffer für März 1922: 2302. Das ist die sogenannte „Reichsindeziffer für die Lebenshaltungskosten“.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß diese Reichsindeziffer keinen einwandfreien Index für die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung bieten kann, weil sie sich einstweilen nur auf Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung erstreckt. Nach meinen Berechnungen für Berlin entfielen aber auf alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben — Bekleidung, Wäsche, Schuhwerk, Reinigung, Fahrgeld, Steuern usw. — zum Beispiel im März dieses Jahres 45 Prozent der Gesamtkosten des Existenzminimums. Nach eben diesen Berechnungen sind die Kosten des Existenzminimums einer vierköpfigen Familie für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung von 1913/14 bis März 1922 auf das 24,7fache, für die übrigen lebensnotwendigen Bedürfnisse aber auf das 31,7fache und die Gesamtkosten des Existenzminimums auf das 27,4fache gestiegen. Infolge der Beschränkung auf Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung läßt also die „Reichsindeziffer für die Lebenshaltungskosten“ die Verteuerung der Lebenshaltungskosten geringer erscheinen, als sie tatsächlich ist.

Aber selbst für die Bedürfnisse, die das Statistische Reichsamt in seine Berechnungen einbezogen hat, erscheint die Teuerung in der Reichsindeziffer geringer, als sie tatsächlich ist, und zwar weil die **Ausgaben für Ernährung für die Gegenwart zu niedrig, für die Vorkriegszeit zu hoch** eingeschätzt sind.

1. Gegenwärtig ist die Marktlage so, daß häufig gerade verhältnismäßig billige Nahrungsmittel von den Erzeugern oder von den Händlern zurückgehalten werden. Die Bevölkerung kann sich dann nur geringe Mengen der betreffenden billigen Ware verschaffen und muß ihren Hunger durch den Verzehr teurerer Nahrungsmittel stillen. Nun sollen zwar die Gemeinden bei Ausfüllung der Fragebogen auch über das Angebot berichten, aber selbst wenn diese Berichte zuverlässig erstattet würden, könnten sie doch an der Zentrale, die, wenn sie rasch arbeiten soll, ein mehr oder weniger **starrs System** festhalten muß, nicht voll berücksichtigt werden. Wer solche Berechnungen nur für eine einzelne Stadt durchführt, kann sich natürlich elastischer der jeweiligen Marktlage anpassen, kann also zum Beispiel die Kartoffeln jeweils mit den Mengen einsetzen, die dem jeweiligen Angebot entsprechen.

2. Die vom Statistischen Reichsamt nach den **heutigen** Lebensverhältnissen aufgestellte Normalration an Nahrungsmitteln berücksichtigt selbstverständlich vorzugsweise solche Waren, die jetzt billig sind. Reis oder Linsen

wird man darin vergeblich suchen. Keine Familie hat sich nun vor dem Kriege ebenso ernährt wie heute; hätte sie es getan, so hätte sie unverhältnismäßig teuer gelebt. Nach meinen Berechnungen kostete das wöchentliche Ernährungsminimum für einen erwachsenen Mann in Berlin im März 1922: 138 Mk. Die gleiche Ernährung würde im März 1914 3,98 Mk. gekostet haben. Tatsächlich war es aber im März 1914 möglich, bei Wahl anderer Nahrungsmittel, sich für etwa 3,50 Mk. ebenso auskömmlich und schmackhafter zu ernähren. Bei meinen Berechnungen der Steigerung der Kosten des Existenzminimums schlage ich deshalb folgendes Verfahren ein: Ich stelle fest, was eine auskömmliche Ernährung jetzt mindestens kostet, und vergleiche es mit dem, was eine ebenso auskömmliche, aber in ihrer Zusammensetzung von der heutigen möglicherweise ganz verschiedenen Ernährung vor dem Kriege gekostet hat.

3. Nahrungsmittel werden in verschiedenen Qualitäten gehandelt. Vor dem Kriege wurde meist eine mittlere oder gute Ware am häufigsten gekauft; heute aber meist die billigste. Dadurch erscheint bei einem Vergleich der häufigsten Preise der Gegenwart und der Vorkriegszeit, wie ihn das Statistische Reichsamt durchführt, die Teuerung geringer, als sie tatsächlich ist. Dieser Fehler läßt sich dadurch vermeiden, daß man die Qualität berücksichtigt, also für die Vorkriegszeit nicht den häufigsten Preis im allgemeinen, sondern den häufigsten Preis für die entsprechende Qualität einsetzt.

Wenn ich bei den Schwächen der Reichsindexziffer so lange verweilt bin, so geschah dies nicht etwa, weil ich diese Berechnungen des Statistischen Reichsamts für verfehlt hielt. Ich schätze sie vielmehr hoch ein und möchte ausdrücklich betonen: Die Reichsindexziffer bietet einen ausgezeichneten Maßstab dafür, um wieviel die vom Statistischen Reichsamt nach den heutigen Lebensverhältnissen aufgestellte Normalration an Nahrungs-, Heizungs-, Beleuchtungsmitteln und Wohnraum, unter Zugrundelegung der häufigsten Preise, jetzt mehr kostet als vor dem Kriege. Nur darf man die Reichsindexziffer nicht, wie dies der Reichsarbeitsminister Brauns kürzlich in einem Aufsatz im „Reichs-Arbeitsblatt“ getan hat, mißbrauchen und sie als einen Maßstab für die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung ausgeben, um dann — unter einem abermaligen Mißbrauch: diesmal des Begriffs der gleitenden Lohnskala — zu dem Ergebnis zu gelangen, die Arbeiterlöhne und die Angestelltengehälter seien gegenüber der Vorkriegszeit tatsächlich so gestiegen, als ob nach Maßgabe der Kosten der Lebenshaltung gleitende Lohn- und Gehaltskalen bestanden hätten.

Läßt sich nun die Teuerungsindexziffer des Reichs zu einer wirklichen Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten ausgestalten? Diese Frage kann nicht unbedingt bejaht werden. Wohl wäre es möglich, die bis jetzt bei Berechnung der Teuerungszahlen noch nicht berücksichtigten Lebensbedürfnisse einzubeziehen; auch wäre es möglich, die Kosten der Lebenshaltung vor dem Kriege mit besser vergleichbaren Sätzen einzustellen. Aber die Elastizität in der Zusammenstellung der Ernährungsfaktoren, über die der örtliche Statistiker auf Grund seiner Kenntnis der Marktlage und der Lebensgewohnheiten in seiner Gemeinde verfügt, wäre auf eine Erhebung, die sich über das ganze Reich erstreckt, nicht übertragbar. Dennoch ließen sich die bei Berechnung einer Reichsindexziffer unvermeidlichen Fehler auf

ein so geringes Maß zurückführen, daß sie als ein für alle praktischen Zwecke brauchbarer Maßstab für die Verteuerung der Kosten der Lebenshaltung dienen könnte. Eine solche Verbollkommnung der Reichsindexziffer sollte daher unbedingt erstrebt werden — auch auf die „Gefahr“ hin, daß die Teuerung damit in voller Höhe amtlich anerkannt würde.

Indes wäre es nicht notwendig, wenn man gleitende Lohnskalen einführen will, bis zur Verbollkommnung der Reichsindexziffer zu warten. Man könnte vielmehr durch sinngemäße Angleichung der Indexziffern des Reichs an die bisher nur für einzelne Städte errechneten wirklichen Lebenshaltungsindexziffern für eine Übergangszeit eine vorläufige Reichsindexziffer aufstellen, die dann einen behelfsweisen Anhalt für die gleitende Lohnskala bieten würde.

Die **technischen Schwierigkeiten**, die der Aufstellung eines für Unternehmer und Arbeiter annehmbaren Maßstabes für gleitende Lohnskalen entgegenstehen, sind also keineswegs unüberwindlich. Fragt sich nur, ob die Einführung gleitender Lohnskalen nicht überflüssig ist, etwa weil die Löhne auch ohnedies sich automatisch den Kosten der Lebenshaltung anpassen, und wenn nicht, ob die Vorteile einer solchen künftigen Anpassung die Nachteile überwiegen.

Wie bereits angedeutet, ist es nämlich trotz aller Untersuchungen deutscher und fremder Gelehrter, trotz aller Veröffentlichungen der städtestatistischen Ämter und der Gewerkschaften, trotz aller an die Adresse des Auslands gerichteten Denkschriften der Reichsregierung notwendig, noch einmal festzustellen, daß sich die Löhne der deutschen Arbeiter den Kosten der Lebenshaltung nicht angepaßt haben. Denn der Arbeitsminister **Brauns** schrieb erst vor kurzem, „daß die Kurve der wirklich gezahlten Löhne zum Teil über die Kurve der Löhne, wenn sie nach der gleitenden Lohnskala bezahlt worden wären, hinausgeht“ und „daß gerade bei verhältnismäßig ungünstigen Ausgangslöhnen die Kurve der gleitenden Skala am weitesten überschritten wird, während in anderen Fällen beide Kurven im Endergebnis übereinstimmen.“ Zum Beweis zeigte er zum Beispiel, daß der Tariflohn der Berliner Maurer und Zimmerer im Oktober 1921 um 11 Prozent, im November um 30 Prozent, im Dezember um 9 Prozent höher gewesen sei, als er bei gleitender Lohnskala hätte sein müssen. Zu diesem erstaunlichen Ergebnis gelangte er dadurch, daß er die Teuerungsindexziffern des Reichs als Lebenshaltungsindexziffern benutzt, daß er annimmt, die gleitende Lohnskala dürfe nicht gleiten, sondern müsse erheblich nachhinken, und daß er Stunden- statt Wochenlöhne zugrunde legt. Tatsächlich waren in Berlin im Oktober die Kosten des Existenzminimums für eine vierköpfige Familie 13,4mal so hoch wie vor dem Kriege, die tariflichen Wochenlöhne der Maurer und Zimmerer 10,2mal so hoch. Im November war das Verhältnis 17,7 : 11, im Dezember 19,3 : 13,1, dann im Januar 19 : 14, im Februar 21,8 : 14,8, im März 27,4 : 17,1. Während vor dem Kriege der tarifliche Wochenlohn der Berliner Maurer und Zimmerer um 45 Prozent höher war als das wöchentliche Existenzminimum einer vierköpfigen Familie, war er im Oktober um 11 Prozent höher, im November um 10 Prozent niedriger, im Dezember um 2 Prozent niedriger, im Januar um 7 Prozent höher, im Februar um 1 Prozent niedriger, im März um 9 Prozent niedriger.

Noch wesentlich ungünstiger war die Entwicklung selbstverständlich für die vor dem Kriege verhältnismäßig gut bezahlten höheren kaufmännischen Angestellten. Damals erhielten Bankangestellte mit banktechnischer Vorbildung für schwierigere Arbeiten 135 Prozent mehr als die Kosten des Existenzminimums, im März 1922 nur 20 Prozent mehr.

Überwiegen nun die Vorteile der gleitenden Lohnskala die Nachteile? Als Vorteil wird bezeichnet, daß der Wechsel in den Kosten der Lebenshaltung, der heute zu endlosen zeit- und kräfteraubenden Lohnverhandlungen führt, deren einziges Ziel eben der Ausgleich der Veränderungen in den Kosten der Lebenshaltung durch eine entsprechende Veränderung der Lohnsätze ist und die dieses Ziel meist infolge des Mangels beiderseitig anerkannter Unterlagen, häufig auch infolge Hineinspielens anderer Faktoren, insbesondere der jeweiligen Übermacht der einen der beiden Parteien doch nicht erreicht, reibungslos ausgeschaltet würde. Nun hatten wir auch in Zeiten gleichbleibender Lebenshaltungskosten Lohnkämpfe, und die gleitende Lohnskala hat nur die Aufgabe, Veränderungen des Reallohnes, die sich aus den Veränderungen der inneren Kaufkraft der Mark ergeben, zu verhüten, nicht aber Veränderungen des Reallohnes überhaupt zu verhindern. Deshalb ist es auch keineswegs, wie der Arbeitsminister Brauns meint, „unbedingt erforderlich, bei einer Einführung der gleitenden Lohnskala besonders genau zu prüfen, ob der zugrunde gelegte Lohn den Verhältnissen wirklich entspricht.“ Denn der zugrunde gelegte Lohn stellt keineswegs eine unabänderliche Größe dar. Wenn heute der Berliner Maurer 966 Mk. und der Berliner Buchdrucker 773 Mk., also 20 Prozent weniger verdient und es würde heute eine gleitende Lohnskala eingeführt, so würde das lediglich bedeuten, daß, falls in drei Monaten die Lebenshaltungsindexziffer um 30 Prozent höher ist, die Maurer wie die Buchdrucker 30 Prozent mehr zu erhalten haben, sofern nicht inzwischen durch Lohnverhandlungen in dem einen oder anderen Berufe der Grundlohn unabhängig von der Teuerung geändert worden ist.

Den Nachteil der gleitenden Lohnskala erblicke ich vor allem darin, daß mit ihrer Einführung der letzte Widerstand der Arbeitnehmer gegen eine Verteuerung der Lebenshaltung aus dem Wege geräumt würde. Daß dies die notwendige Folge der gleitenden Lohnskala wäre und daß die Arbeiter sich nur gegen Preissteigerungen wehren, die sie unmittelbar spüren, ist leicht zu beweisen. Das deutsche Getreide der 1921er Ernte wird jetzt etwa fünfmal so teuer verkauft wie vor sechs Monaten; der deutsche Landwirt verdient heute an einem Zentner Getreide mindestens 500mal soviel wie vor dem Kriege. Der deutsche Arbeiter spürt das nicht unmittelbar, da die Brotpreise zurzeit noch unter ungeheuren Zuschüssen des Reichs, d. h. mittelst der Notenpresse, weit unter dem Niveau der heutigen Inlandsgetreidepreise gehalten werden. Letzten Endes wird der Arbeiter die Beche dafür zu zahlen haben. So wäre es auch bei der gleitenden Lohnskala. Der Arbeiter würde dann nämlich auch die Erhöhung der Brotpreise usw. nicht mehr unmittelbar spüren und wir würden in noch schnellerem Tempo als bisher unserem finanziellen und damit auch unserem wirtschaftlichen Zusammenbruch entgegenzutaumeln.

Aus diesem Grunde bin ich gegen die gleitende Lohnskala.

Kartelle und Trusts

Benedikt Rautsky

Wir haben im Artikel „Die Weltkrise“ die Frage untersucht, wodurch die Krisen verursacht werden und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß die wesentlichsten Ursachen aller Krisen die mangelnde Übereinstimmung in der Größe der einzelnen Industriezweige und die durch die Anarchie (Gesetzlosigkeit) der kapitalistischen Gesellschaft hervorgerufenen Gleichgewichtsstörungen der Produktion sind. Die kapitalistische Gesellschaft hat versucht, diese Regellosigkeit der Produktion wenigstens teilweise auszuschalten, um auf diese Weise den Krisen zu entgehen. Das Mittel, dessen sie sich zu diesem Zweck bediente, war die **Bildung von Kartellen** (Trusts, Syndikaten, Ringen) oder ähnlicher Vereinbarungen.

Das Wesen aller dieser Bildungen, wie ihr Name auch immer sein mag, ist eine Vereinbarung der maßgebenden Produzenten eines Industriezweiges zum Zwecke einer einheitlichen Preisgestaltung. Diese Vereinbarungen wirken aber in fast allen Fällen zurück von dem Gebiet des Handels auf das der Produktion. Man kann auf die Dauer die Preise nur dann wirksam beeinflussen, wenn man zugleich bestimmte Regeln über die Größe und den Absatz der Produktion aufstellt.

Es geht hier mit dem Streben, die Krisen zu vermeiden, Hand in Hand der Versuch, sich durch künstliche Hochhaltung der Preise Extraprofite zu verschaffen. In vielen Fällen ist dieser zweite Grund der ausschlaggebende für die Bildung eines Kartells gewesen. Nichtsdestoweniger sind wir berechtigt, den Satz aufzustellen, daß die Kartelle bewußt dem Zwecke der Vermeidung von Krisen dienen sollten und daß dieses Ziel für die Gründer des Kartells ebenso wichtig ist wie das Ziel der Preisbeeinflussung.

Wenn man sich das Bild der Krisen vergegenwärtigt, so wie wir es geschildert haben, wird es einem auch sofort klar, wieso diese beiden Zwecke gemeinsam verfolgt werden können. Das Bild, das jede Krise darbietet, ist das der Überproduktion, die durch unregelmäßige Erzeugung hervorgebracht wird. Die Wirkung dieser Überproduktion ist ein katastrophaler Preissturz, der eine schwere Beeinträchtigung der Profitrate im Gefolge hat. Wenn man also durch eine Produktionsregelung eine Krise vermeiden will, so versucht man dasselbe beim Preissturz. Das Wesen des Kartells ist also Einschränkung der Produktion unter das Maß dessen, was in der Hochkonjunktur abgesetzt werden könnte, um die Überproduktion und damit den Preissturz, kurz also, um das Eintreten der Krise zu verhindern.

Die Kartelle haben, von diesen Grundsätzen ausgehend, stets die Politik betrieben, **durch eine künstliche Einschränkung des Angebots die Preise möglichst hochzuhalten**. Eine derartige Politik konnten sie nur betreiben, wenn sie auf dem Markt, den sie belieferten, eine Monopolstellung innehatten. Zu diesem Zweck mußte die inländische und die ausländische Konkurrenz ausgeschaltet werden. Die heimischen Außenseiter wurden durch einen der vielen Tricks beseitigt, die die Konkurrenz den kapitalistischen Unternehmern beibringt. Entweder man griff zu dem größten Mittel der Niederkonkurrierung durch Preisunterbietung, um dann nach Beseitigung des unliebsamen Konkurrenten den Preis um so höher zu schrauben oder die mit dem

Kartell in Verbindung stehenden Banken entzogen den anderen Werken den Kredit oder Abnehmer und Lieferanten der Außenseiter wurden mit dem Boykott bedroht — kurz, die Kartelle ließen alle Mittel spielen, um die uneingeschränkte Herrschaft über den Markt zu erhalten.

Die ausländische Konkurrenz konnte man auf viel einfacherem Wege beseitigen. Gegen sie wurden **Schuzzölle** aufgerichtet, die es ihr unmöglich machten, zu den gleichen Preisen zu liefern wie die eigene Industrie trotz der künstlichen Hochhaltung der Preise. Um diesen Zweck zu erreichen, mußten die Zölle natürlich eine solche Höhe erreichen, daß sie ihren wahren Charakter als „Schuzzölle“ völlig verloren. Es sollten nicht mehr schwache Industrien gegen eine übermächtige ausländische Konkurrenz geschützt werden, sondern der Zoll wurde zu einer Waffe gerade für die am höchsten entwickelten und stärksten Produktionszweige.

Diese Monopolisierung des inneren Marktes und die Hochhaltung der Preise hatte aber noch eine weitere Folge. Die Beschränkung der Produktion konnte bei technisch hochentwickelten Industrien — und gerade solche zeigten die stärkste Neigung zur Kartellierung — dazu führen, daß die bestehenden Werke in ihrer Leistungsfähigkeit nicht voll ausgenützt und daß dadurch die Produktionskosten relativ gesteigert wurden. Dies hätte zu einer Schmälerung des Profits und damit zu einem Scheitern der ganzen Kartellpolitik führen müssen. Es mußte also zu dieser Monopolpolitik im Inland als notwendige Ergänzung **eine künstlich gesteigerte Ausfuhr** treten. Wir sehen diese seltsam zwiespältige Politik bei den verschiedensten Kartellen und in den verschiedensten Ländern. Um nur einige der markantesten Beispiele zu nennen, wollen wir an die Politik des deutschen Eisen- und des österreichischen Zuckerkartells erinnern, die beide gleichermaßen den stärksten Export betrieben und die das Ausland mit ihren Produkten zu billigeren Preisen versorgten als das Inland, nur um in großen Mengen und mit niedrigen Kosten produzieren zu können, wobei die Preise im Ausland oft nicht einmal die Selbstkosten voll deckten. Den Profit brachte also nur das Inland auf! Ganz England verbrauchte österreichischen und deutschen Zucker zu billigen Preisen, nirgends in der Welt war der Zuckerkonsum, auch der arbeitenden Bevölkerung, so groß wie in England und die berühmte englische Marmeladeindustrie war völlig auf dem billigen eingeführten Zucker aufgebaut. Ein noch krasserer Beispiel jedoch für den Wahnsinn dieser Politik ist die Tatsache, daß die Japaner im Weltkrieg mit Kruppkanonen, die sie billiger gekauft hatten als das Deutsche Reich, die deutschen Forts von Kiautschau zusammenschießen konnten.

Diese Politik der Absperrung des inneren Marktes und der Ausdehnung über die ganze Welt mußte zu Reibungen unter den Staaten führen, zumal die auch politisch mächtigen Kartelle versuchten, sich die ausländischen Märkte ebenso zu sichern wie den heimischen. Das war der Sinn der modernen Kolonialpolitik, die sich nicht damit begnügte, wehrlose Länder zu erobern und auszuplündern, sondern die auch Staaten, die auf diesem Wege nicht zu unterjochen waren, „friedlich“ zu durchdringen suchte. Dadurch wuchsen die Reibungsflächen zwischen den Großstaaten, es wuchs die politische Spannung und in dieses Pulverfaß fiel dann als zündender Funke das österreichische Ultimatum an Serbien.

Wir dürfen uns jedoch nicht damit begnügen, die politisch verderblichen Wirkungen der Kartelle festzustellen, sondern müssen uns weiter fragen, ob sie wirtschaftlich ihren eigentlichen Zweck erreicht haben. Aber selbst wenn wir absehen von den ungeheuren wirtschaftlichen Verwüstungen, die dieser Weltkrieg zur Folge hatte, müssen wir sagen, daß die Kartellpolitik ihren Zweck verfehlt hat und verfehlen mußte.

Bei näherer Betrachtung wird der Grund für diesen Fehlschlag auch sofort klar. Die Kartelle fassen, wie oben dargelegt, Betriebe zusammen, die dieselben Produkte erzeugen. So entsteht beispielsweise ein Kohlenkartell, ein Schwereisenkartell, ein Maschinenfabrikkartell, ein Textilkartell, ein Zuckerkartell. Wenn es nun dem Kartell auch gelingt, innerhalb des von ihm beherrschten Produktionszweiges die Größe der Erzeugung und damit die Preisgestaltung zu regeln, so ist damit natürlich die Ursache der Krisen keineswegs beseitigt; im Gegenteil, es können gerade aus dieser Regelung neue Krisen entstehen.

Wenn zum Beispiel ein Kohlen Syndikat die Förderung der ihm unterstehenden Gruben künstlich einschränkt, so nimmt es damit dem ganzen wirtschaftlichen Leben des Landes die Möglichkeit, sich zu erweitern. Erfolgt dennoch in einem Produktionszweig eine solche Erweiterung bei einer starr festgelegten Kohlenproduktion, so kann diese Erweiterung nur erfolgen auf Kosten der Kohlenversorgung anderer Produktionszweige. Damit verschieben sich die Grundlagen der regelmäßigen Produktion und eine Krise ist da.

Die Krisen können überhaupt nur beseitigt werden in einer Gesellschaft, die an die Stelle der kapitalistischen Anarchie eine nach einem groß angelegten Plan geregelte Produktion setzt. Dieser Plan darf aber nicht nur — und das ist die größte Schwierigkeit jeder Sozialisierung — einen einzelnen Industriezweig betreffen, sondern er muß das Ganze umfassen und auf die Beziehungen der einzelnen Produktionszweige Rücksicht nehmen.

Das kann aber seinem inneren Wesen nach ein kapitalistisches Kartell nicht tun. Dieses kann einen Produktionszweig beherrschen, kann in diesem die Größe der Produktion regeln, es kann zurückgebliebenen Betrieben moderne Einrichtungen aufzwingen oder sie stilllegen — kurz es kann, wie dies bei den amerikanischen Trusts der Fall ist, die Betriebe eines ganzen Produktionszweiges in ein einziges Riesenunternehmen zusammenfassen, das mit den modernsten Mitteln der Technik und den geringsten Kosten arbeitet. Darüber hinaus kann der Kapitalismus nicht gehen und darum sind die Krisen mit seinem Wesen untrennbar verknüpft.

Auch die in Deutschland besonders scharf ausgeprägte neueste Entwicklung, die man mit dem Namen **Stinnes** verknüpft und die auf der Zusammenfassung von Betrieben verschiedener Produktionszweige beruht, kann an diesem Ergebnis nichts ändern. Wir sehen, daß in Deutschland nebeneinander eine ganze Reihe solcher **Konzerne**, wie man diese Zusammenfassungen nennt, entstehen. Jedes Hochofenwerk hat das Bestreben, sich einerseits eigene Kohlen- und Erzgruben, andererseits Walzwerke und noch weiterverarbeitende Betriebe anzugliedern. Stinnes hat in der von ihm beherrschten **Siemens-Rhein-Elbe-Schudert-Union** die Zusammenschweißung einer ganzen Reihe der größten deutschen schwerindustriellen Betriebe mit einem der größten Elektrokonzerne, **Siemens-Schudert** und **Siemens &**

Salzke, vollzogen, an die eine Reihe weiterer Unternehmungen, wie Werften, Maschinenfabriken, Zellstoff- und Papierfabriken und schließlich eine Fülle in- und ausländischer Zeitungen angeschlossen ist.

Daß aber auch diese Art der Zusammenfassung nicht geeignet ist, Krisen zu vermeiden, zeigt sich schon daraus, daß die Bildung eines Konzerns das Entstehen einiger anderer zur Folge hat. Wenn Stinnes mit dem Siemenskonzern Verbindung sucht, so verbindet sich ein anderer Konzern mit der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, und wenn Stinnes in das Reedereigeschäft eindringen will und Schiffe mit den geschmackvollen Namen „Tirpitz“ und „Ludendorff“ vom Stapel laufen läßt, so wirft ihn die Hamburg-Amerika-Linie aus ihrem Aufsichtsrat heraus.

Dabei darf man nicht vergessen, daß alle diese Dinge sich nicht nur in einem engen nationalen Rahmen abspielen. Die Fäden des Stinneskonzerns, der die größte Aufmerksamkeit erregt hat und der insolgedessen auch ziemlich viel untersucht ist, laufen über die Landesgrenzen nicht nur zu uns nach Osterreich, wo er sich maßgebenden Einfluß auf die Alpine Montangesellschaft erworben hat, sondern — was für diesen alldeutschen Schreier viel charakteristischer ist — zu einer gleichartigen französischen Verbindung, die ihrerseits das ganze europäische Festland zu umspannen sucht. Und dasselbe, was hier Franzosen beginnen, vollführen dort Engländer, Belgier und Amerikaner. Man betrachte heute nur die bis jetzt deutsche Industrie des an Polen abzutretenden Oberschlesien und das Wettrennen, das alle kapitalkräftigen Nationen anstellen, um sich hier den ersten Platz zu sichern, und man wird verstehen, daß diese Form kapitalistischer Zusammenfassung keinesfalls geeignet ist, die Krisen zu beseitigen.

Trotzdem aber sind diese Bildungen modernsten kapitalistischen Geistes für uns Sozialisten keineswegs gleichgültig oder gar bedeutungslos. So wenig sie heute geeignet sind, Heilung der Wunden zu bringen, die der Kapitalismus der Gesellschaft schlägt, so sind sie gleichwohl ein Mittel, um die Entwicklung des Kapitalismus zum Sozialismus zu beschleunigen. In ihrem Gefolge marschiert der technische Fortschritt. Wie sich schon bei den Kartellen gezeigt hat, daß in ihnen die Tendenz zur Modernisierung der gesamten Betriebe steckt, sehen wir auch hier, daß durch die Vereinigung von aufeinanderfolgenden Produktionsvorgängen viel Kraftaufwand erspart wird.

Aber auch hier besorgt der Kapitalismus sein Geschäft nur halb. Während zum Beispiel eine planmäßig angelegte Wirtschaft den Standort der Produktion so bestimmen kann, daß möglichst viel Kraft gespart wird, richtet sich die Lage der Produktionsstätten im Kapitalismus nach der Rentabilität, die beeinflusst wird beispielsweise durch die Preise für Grund und Boden oder durch die Möglichkeit, eine Fabrik billig zu erwerben.

Immerhin stellt diese Entwicklung vom produktionstechnischen Standpunkt einen Fortschritt dar, den wir als Sozialisten begrüßen müssen, wenn wir auch vor den Gefahren in politischer und sozialer Beziehung die Augen nicht verschließen dürfen. Denn in der Gegenwart spielt zwar diese Zusammenfassung den kapitalistischen Gruppen mehr Macht in die Hände, aber für die Zukunft erleichtert sie die Durchführung der Sozialisierung und ermöglicht es uns, aus der kapitalistischen Halbheit den ganzen Sozialismus zu schaffen.

Zur Entwicklung der Arbeitsleistung

Dr. Robert Einstein

Die Unternehmeroffensive nimmt nachgerade einen bedrohlichen Charakter an. Welche Unternehmerzeitung man auch zur Hand nimmt, überall wird man die häßlichsten Verleumdungen über die Arbeitsleistung der Arbeiterschaft finden. In ihren Zeitungen erscheinen geschickt aufgemachte, aber grundsalfache Statistiken über die zurückgehende Arbeitsleistung. Deshalb wird es einmal notwendig sein, daß die Arbeiterschaft sich um dieses Problem kümmert und mit Gegenmaterial aufwartet. Aber die Feststellung über die steigende oder fallende Tendenz der Arbeitsleistung und das Maß der Intensität ist nicht ganz einfach. Mathematisch genaue Berechnungen sind ungeheuer schwierig. Die Unternehmer wählen den einfachsten Weg. Sie stellen in irgendeinem Betrieb fest, wie groß die Arbeitsleistung pro Arbeiter und pro Stunde vor dem Kriege und in den Jahren nach dem Kriege war. Diese Rechnung wird in allen Generalversammlungen aufgetischt, erscheint in allen Zeitungen, und sie versuchen zu beweisen, daß die Arbeiterschaft fauler geworden sei, daß im Zeitalter der beginnenden Betriebsdemokratie gleichzeitig die Arbeit notleiden müsse und daß deshalb die Voraussetzung einer größeren Betriebsintensität eine politische Veränderung sei. In diesen Berechnungen wird keinerlei Rücksicht genommen auf die wirtschaftliche Zerrüttung, die uns der Krieg hinterlassen hat. Das geleistete Arbeitsquantum ist nicht nur von der Leistung des Arbeiters abhängig, sondern viele andere Faktoren kommen bei der Berechnung in Frage. Es bleibt bei den Unternehmern unberücksichtigt, daß die technische Beschaffenheit der Betriebe zu wünschen übrig läßt. Sie behandeln nicht die Veränderungen im Rohmaterial.

Alle Fachleute, die sich mit dieser Frage befassen, klagen über die mangelhafte Betriebsstatistik. Die Nachkriegszeit hat der Industrie zweifellos große Aufgaben gestellt. Die Rohstoffnot hat eine geregelte und übersichtliche Betriebsführung beinahe ausgeschlossen. (Das war ja auch einer der Hauptgründe für die Konzernbildung, für die Zusammenfassung der rohstoff erzeugenden mit der weiterverarbeitenden Industrie.) Die Industrie mußte umgestellt werden. Nicht nur neue Produktionsarten, sondern neue Produktionszweige wurden eingebaut. Aber die mangelhafte Statistik läßt sich nicht nur durch diese Gründe erklären, sondern es setzt sich immer mehr die Überzeugung durch, daß die technische Vervollkommnung unserer Betriebe noch sehr viel zu wünschen übrig läßt.

Einen der wichtigsten Gründe für den Beweis der zurückgehenden Arbeitsleistung bilden die gesamten deutschen Produktionszahlen. Aber auch mit diesen Zahlen wird ein grober Unfug getrieben. Zunächst einmal ist man auf unvollständige Unterlagen angewiesen. Vielsach wird sogar nicht einmal der Verlust an Produktionsstätten berücksichtigt. Beim Rückgang der Steinkohlenförderung vergißt man (außer dem Verlust des Saargebiets), auf die ungeheuren Schwierigkeiten produktionstechnischer Art hinzuweisen. Die Arbeiter klagen über die schlechten Flöze im Bergbau. Über die Stahlerzeugung werden deutsche Statistiken nicht veröffentlicht. Ausländische Statistiken behaupten immer und immer wieder, daß die inländische Stahlproduktion stark

im Steigen begriffen sei. Es fehlt die Möglichkeit, die Behauptung nachzuprüfen, und es stellt sich als ein immer größeres Übel heraus, daß hierüber statistische Unterlagen fehlen. Die geschwächten Produktionskräfte der deutschen Wirtschaft, die man immer wieder zum Ausgangspunkt der Beurteilung der ganzen Wirtschaftsverhältnisse in Deutschland annehmen muß, rühren von einer ungeheuren Fülle von Tatsachen, Umständen und Realitäten her, in denen die Frage der Arbeitsleistung zwar eine große Rolle spielt, aber nach allen objektiven Prüfungen nicht ausschlaggebend ist.

Schließlich ist dieses ganze Problem zu betrachten im Zusammenhang mit der gesamten Weltwirtschaftslage. Man sieht das am besten daran, daß andere Länder ihre Produktion künstlich einschränken müssen. Die deutsche Produktion ist nicht beliebig zu steigern. Deshalb faßt die Frankfurter Zeitung die Sachlage sehr richtig zusammen:

„Während wir bei hohen Preisen unter Rohstoffmangel leiden und zudem aus unseren zusammengeschrumpften Vorräten Sachleistungen infolge des Friedensvertrages auszuführen haben, unsere Produktion aber nicht beliebig steigern können, muß man in England und Amerika die Produktion gewaltig einschränken, die Reparationsleistungen, die als Wohltat für die Völker der Siegerländer gedacht waren, werden den breiten Massen ihrer Bevölkerung (Arbeitslosigkeit) zur Plage.“

Das Problem der Arbeitsleistung steht gegenwärtig im Vordergrund des wirtschaftspolitischen Interesses. Von allen Seiten wird ein konzentrischer Kampf gegen den Achttundentag geführt. Bei der Behandlung der Sachlage isoliert man die Frage der Arbeitszeit vollkommen von allen übrigen mit der Produktion zusammenhängenden Problemen. Man fragt nicht, ob die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft steigerungsfähig ist ohne eine Verlängerung der Arbeitszeit. Man untersucht nicht, ob die Industriegewinne der letzten Jahre in genügendem Maße Verwendung gefunden haben für die Verbollkommnung des technischen Organismus. Man prüft nicht die Leistungsfähigkeit unseres industriellen Führertums. Man zieht nicht in Erwägung, ob die Betriebsräte, deren Betriebskenntnis auch noch nicht annähernd für die industrielle Betriebsführung benutzt worden ist, im einzelnen organisatorische Veränderungen vorschlagen können. Man sucht sich aus den ganzen kausalen Zusammenhängen des Produktionsprozesses einen einzigen Faktor heraus, stellt ihn in den Mittelpunkt und kommt dadurch zu einer Überbelichtung, die jede sachliche Prüfung unmöglich macht.

Den bedeutungsvollsten Vorstoß gegen den Achttundentag hat Dr. D. Hoffmann mit seiner Schrift „Arbeitsdauer und gewerbliche Produktion Deutschlands nach dem Weltkriege“ gemacht. Neben den allgemeinen Einwendungen gegen die gegenwärtige Gestaltung der Arbeitszeit wird hier der Versuch gemacht, zu zeigen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur zu gewaltigen Verlusten an Arbeitsleistung, sondern auch zwangsläufig zu einer Verteuerung der Produktion geführt hat. Die Behauptung, der umgekehrte Weg würde eine Verbilligung der gewerblichen Herstellung und den Beginn eines Preisabbaus ermöglichen, wird belegt mit einer ganzen Anzahl von Darstellungen über die Preisgestaltung in Deutschland, wobei die Kohle, das Roheisen und auch die weiterverarbeitende Industrie besonders heran-

gezogen werden. Der Autor dieses Buches sieht das gesamte deutsche Wirtschaftsproblem nur im Zusammenhange mit dem Achtstundentag und kommt deshalb zu Folgerungen, die geradezu grotesk sind: „Wenn der Lebensbedarf, der jetzt in 8 Stunden verdient wird, auf täglich 10 Stunden verteilt würde, so würde sich ganz von selbst die Lohnbelastung der einzelnen Arbeitsstunde und damit der einzelnen Arbeitsleistung entsprechend verringern. Die Herstellungskosten würden sinken und damit würde der im ganzen gleichbleibende Lohnbetrag erhöhte Kaufkraft gewinnen. Die Lebensbedürfnisse könnten in ausreichenderem Maße befriedigt werden. Der Warenumsatz würde steigen und unsere gesamte gewerbliche Herstellung eine starke Anregung erhalten. Schließlich aber würde der Einfluß auf die Bewertung unseres Geldes sicher kein geringer sein.“ In diesem Zeitalter des Achtstundentags aber hat die Industrie eine nie geahnte Ausdehnung genommen, hat ihre Macht in bisher nicht bekanntem Maße befestigt und geht immer mehr dazu über, die gesamte deutsche Wirtschaftsmacht aufzusaugen. Ist das auch eine Folge des Achtstundentags?

In diesem Zusammenhang ist es sehr zu begrüßen, daß in der „Wirtschaftskurve“ der Frankfurter Zeitung, deren zweites Heft soeben erschienen ist, die Frage der Arbeitsleistung geprüft wird. Es handelt sich hier um Teiluntersuchungen und um Einzelberichte. Die Frankfurter Zeitung bemüht sich, weder von Arbeitgeber- noch von Arbeitnehmerseite alles gutgläubig hinzunehmen, und sieht sich ihre Gewährleute sehr genau an. Es handelt sich hier um folgende Teilberichte:

„I. In einem großen chemischen Werke wurden verschiedene Betriebe exakt auf die Veränderung der Arbeitsleistung untersucht, und zwar in sehr detaillierter sorgfältiger Weise. Hier geben wir aus Raumrücksichten nur die Endresultate wieder:

Stundenleistung	1910/14	1919	1920	1921	Jan./Feb. 1922
1. Käferei und Schreinerei	100	94	95	102	120
2. Dreherei	100	51	86	107	110
3. Schmiede	100	86	106 $\frac{1}{2}$	110 $\frac{1}{2}$	—
4. Einfüllen von Farbstoff in Büchsen, ohne Afford	100	—	85,8		98,7
5a. Kohlenladen (Hand)	100	—	—	71,5	82,8
5b. „ (am Dampfstrahl)	100	70	79	79	91,7

Zu diesen Zahlen sei bemerkt, daß die 47 Einzelmessungen, auf Grund deren wir die obige Tabelle zusammengestellt haben, mit geradezu frappierender Deutlichkeit erkennen lassen, welchen starken Einfluß jeweils der Übergang vom Stunden- zum/Affordlohn ausgeübt hat.

Im übrigen sehen wir, wie hier von Jahr zu Jahr die Arbeitsleistung sich dem Friedensstandard nähert, ja bei 1) und 2) sogar darüber beträchtlich hinausgeht.

Wie einzelne Zufallsmomente das Ergebnis beeinträchtigen, ergibt sich u. a. daraus, daß in den Betrieben 1) bis 3) hauptsächlich alterprobte Arbeiter, in Betrieb 4) aber viele noch nicht eingewöhnte Leute beschäftigt sind.

II. Eine große Maschinenfabrik erklärt, daß ihre offenbar recht exakten Berechnungen nicht in den Frieden zurückreichen, sondern erst mit dem Jahre 1919 beginnen. In der nachfolgenden Tabelle ist unterschieden zwischen Betriebs- und Arbeitsintensität des produktiven Arbeiters. Unter Betriebsintensität versteht der Gewährsmann die Stundenleistung des Werkes dividiert durch die Gesamtzahl der Arbeiter, während er bei der Arbeitsintensität die Stundenleistung lediglich durch die Anzahl der unmittelbar „produktiven“ Arbeiter dividiert. Er zählt allerdings zu den produktiven Arbeitern auch die in der Werkzeugmacherei, den Prüf- und Kontrollräumen beschäftigten.

	1919	1920	1921
Betriebsintensität	100	132	133
Arbeitsintensität	100	149	154

Zu den Zahlen bemerkt das Unternehmen, daß einerseits die in die Augen springende Hebung im erheblichen Umfang aus organisatorischen Maßnahmen sich erkläre, andererseits aber die Leistung im Jahre 1921 durch verschlechterten Geschäftsgang ungünstig beeinflusst sei. Nach der Auffassung der Kalkulation sei die Arbeitsintensität der Affordarbeiter zum mindesten so groß wie vor dem Krieg; nicht so günstig laute das Urteil über die Arbeitsintensität der Lohnarbeiter.

III. Ein bedeutendes Werk der Metallwarenindustrie kommt für eine Anzahl von Waren, die bereits im Frieden dort hergestellt wurden, zu folgendem Ergebnis:

Friedensleistung	17. Nov. 1920	16. Sept. 1921	1. April 1922
100 Proz.	40 Proz.	52 Proz.	73 Proz.

Hier ist also das Ergebnis ungünstiger als bei I und offenbar auch bei II, wenigstens im Verhältnis zum Frieden; in der letzten Zeit ist die Hebung der Leistung allerdings recht erheblich. Auch hier ist die obige Tabelle das Resultat von acht uns vorliegenden Einzelrechnungen, die voneinander nicht unwesentlich abweichen.

IV. Aus einem führenden Konfektionsbetrieb werden uns recht interessante Angaben über Leistungen bestimmter einzelner Arbeiter zur Verfügung gestellt. Leider haben diese in der Beobachtungsperiode verschiedene Kleidungsstücke hergestellt, so daß ein unmittelbarer Vergleich nur in beschränktem Maße für drei Arbeiter möglich war. Setzt man die Leistung im 1. Quartal 1919 für A, B und C gleich 100, so leistete der Arbeiter:

	1. Quart. 1920	1. Quart. 1921	4. Quart. 1921	1. Quart. 1922
A	320	144	242	408
B	97	64	181	185
C	148	154	—	—

Man sieht hier sehr deutlich, wie sehr es auf die Eigenart des einzelnen ankommt; denn die Leistung ist hier sehr verschieden. Einheitlich ist allerdings bei allen dreien eine wenn auch graduell verschiedene Steigerung der Intensität. Der Rückschlag im 1. Quartal 1921 war bedingt durch einen sechswöchigen Streik. Vergleiche mit 1914 fehlen auch hier. Indessen versichert der Betriebsleiter, daß die Friedensintensität erreicht sei.

V. Schließlich seien hier die Angaben einer Ziegelei wiedergegeben:

	1. Quartal 1914	1. Quartal 1919	1. Quartal 1920	1. Quartal 1921	1. Quartal 1922
Beschäftigt	9 Mann	9 Mann	9 Mann	7 Mann*	7 Mann*
Leistung p. Mann u. Stunde	Stück	Stück	Stück	Stück	Stück
1. absolut	800—1000	800—1000	800—1000	1000—1200*	1000—1200*
2. relativ	100	100	100	122*	122*

* Anfang 1921 wurde der Betrieb durch Einbau eines Zentraltonschneiders rationaler gestaltet.

Die Berichterstatterin bemerkt zu diesem günstigen Bild der Arbeitsintensität, daß die Arbeiter im Betriebe sehr fleißig waren, was auf die günstigen gesundheitslichen Arbeitsbedingungen zurückzuführen sei (in der frischen Luft).

Im einzelnen wäre zu der Berechnungsart vieles zu sagen. Die Betriebsräte mögen daraus ersehen, wie wichtig es ist, im Einzelbetrieb Feststellungen zu machen, und diese Zusammenstellungen sollen sie dazu anhalten, von sich aus sachlich und objektiv die Arbeitsleistung zu prüfen, damit der gegenwärtige Offensivkampf des Unternehmertums siegreich abgeschlagen wird.

Die Grundzüge des Eisenbaues

Von Biel

(Fortsetzung)

Einteilung des Eisenbaues.

Der Eisenbau ist ebensowenig ein einheitliches Gebiet, wie es der Maschinenbau ist, vielmehr zerfällt er bereits heute in zwei sich mehr und mehr voneinander entfernende Sondergebiete, in den Eisenhochbau und den Brückenbau.

„Lüchtiger Konstrukteur für Eisenhoch- und Brückenbau gesucht,“ liest man täglich im Inseratenteil der technischen Zeitschriften. Hier werden gedankenlos die Anschauungen der Vergangenheit weitergeschleppt, einer Vergangenheit, die die Eisenkonstruktion noch als ungeteiltes Ganzes kannte, die aber längst vorüber ist. Heute wird der gewiegteste Konstrukteur des Brückenbaues bei Bearbeitung einer Aufgabe aus dem Hochbau auf Schwierigkeiten stoßen, auf die er kaum gefaßt war und umgekehrt. Das hat zu seiner Verblüffung schon mancher erfahren, der aus dem einen Gebiet in das andere hinüberwechselte.

Nun verhält es sich ja mit den zahlreichen „Brückenbauanstalten“, die in den Fachzeitschriften herumspuken, in der Tat so, daß die meisten niemals in die Verlegenheit kommen, eine wirkliche Brücke zu bauen. Der schöne Name ist hier, wie so oft, ein Produkt der lieben Eitelkeit. Man hat irgendwo einmal einen Fußgängersteig über einen Bach gelegt, wohl auch einmal im Submissionsverfahren den Zuschlag auf eine Straßenüberführung erhalten, die man dann nach den Zeichnungen der Eisenbahn ausführte und mit dem hält man sich eben für eine Brückenbauanstalt. Auch Mörderichtungen scheinen dabei mitzuspielen. In den Jahren vor dem Kriege schoß der „Brückenbau“ geradezu beängstigend ins Kraut, so daß ein normaler Eisenkonstrukteur am Fortkommen verzweifeln konnte. Heute hat sich das geändert, der „Eisenhochbau“ ist vorherrschend.

In Wirklichkeit ist die Anzahl der „Brückenbauanstalten“ eine sehr beschränkte. Ihre Namen sind jedem Fachmann geläufig und alle großen Brücken werden entweder von ihnen gebaut oder gar nicht.

Bei alledem ist nicht zu verkennen, daß der Brückenbau eine gewisse Einseitigkeit einschließt, wenn schon eine geniale Einseitigkeit. So grundverschieden eine Eisenbahnbrücke über die Elbe von einer solchen über den Rhein sein mag, es sind am Ende beides

Brücken, beides ein und demselben festumrissenen Zwecke dienende Bauwerke und das bedingt natürlich ähnliche Erwägungen und Rechnungen, die Bewältigung ähnlich immer wiederkehrender Probleme.

Nicht eigentlich eine Unterabteilung des Brückenbaues, ihm aber entschieden verwandt als dem Hochbau, ist der Kranbau, der anderseits einen Übergang zum Maschinbau andeutet. Ähnliches gilt von den Transportanlagen und Verladeeinrichtungen.

Der Eisenhochbau, die „Eisenkonstruktion“ im engeren Sinne, umfaßt das gesamte Gebiet der Baukonstruktion, soweit solche mit dem Eisen zu tun hat. Wenn in einem Steinbau ein Unterzug, eine eiserne Stütze eingebaut werden oder wenn eine große Fest- oder Ausstellungshalle nur aus Glas und Eisen sozusagen gedichtet wird, so stellt das etwa die Grenzfälle dar. Zwischen beiden liegen zahllose Übergänge.

So umfaßt denn der Eisenhochbau zunächst ein Gebiet, welches man das „allgemeine“ nennen könnte, in welchem man den verschiedenartigsten Hochbaukonstruktionen begegnet und sonst noch etlichen Dingen, die man anderweit nicht einzuregistrieren weiß, dann aber als besonders wichtige Abart den Bau von industriellen Anlagen, Hütten- und Zechenkonstruktionen.

Als „industrielle Anlagen“ sind auch Hochbehälter, Wassertürme und Gasometer zu werten, die freilich schon mehr oder weniger ins Bereich der „Blechkonstruktion“ gehören. Dieses kann man zwar nicht mehr zur eigentlichen Eisenkonstruktion rechnen, jedoch ist es ihr immerhin sehr benachbart und viele Eisenkonstruktoren betätigen sich zeitweilig darin.

Als ganz eigenartige Spezialität hat die zunehmende Elektrifizierung den Bau von eisernen Leitungsmasten in Gitterkonstruktion, sogenannte „Gittermaste“, gezeitigt, der, wie das in der Natur der Sache liegt, einer Einseitigkeit verfallen ist, die manchmal schon ein bißchen ans Langweilige grenzt.

Endlich existiert noch die „Feineisenkonstruktion“, die entweder in Verbindung mit dem Hochbau oder aber für sich allein auftritt. Sie befaßt sich mit der Herstellung von Fenstern, Oberlichtern, Gewächshäusern, Wintergärten und dergleichen und arbeitet mit sehr leichten oder ganz speziellen Profilen, die der Hochbau selten oder gar nicht verwendet.

Die Formgebung im allgemeinen.

In einer früher in dieser Zeitschrift erschienenen Aufsatzfolge, „Viroorganisation im Eisenbau“, habe ich eingehend auseinandergesetzt, in welcher Weise ein Eisenbauwerk im Geiste seines Erfinders empfangen und ausgestaltet, dann für die wirkliche Ausführung durchgearbeitet und endlich weiterschaffenden Kräften übergeben wird. Es sei darauf verwiesen. Nur andeutungsweise aber war die Rede von den Gesichtspunkten, nach denen seine Gestaltung erfolgt.

Eine der berechtigtesten und allgemeinsten Forderungen an ein jedes Bauwerk ist, daß es nicht etwa einstürzt, ja bereits, daß es nicht Schwankungen und Formveränderungen unterworfen sei, die eine praktische Benutzbarkeit ganz oder teilweise aufheben. Die Konstruktionssteile des Gebäudes müssen also Formen erhalten, die sie befähigen, allen auf sie einwirkenden äußeren Kräften Widerstand zu leisten und eine Verschiebung der einzelnen Teile in sich selbst oder gegeneinander zu verhindern.

Hat man nun als Konstruktionsmittel „Stäbe“, das heißt in unserem Falle die oben im einzelnen besprochenen Walzisen, die „Profile“, so kann man aus ihnen allerlei lineare Figuren zusammensetzen, als Dreiecke, Vierecke, Sterne und so fort. Aber ein ganz einfaches, spielendes Experiment, das jeder Lehrling mit seinem zusammenlegbarem Zollstock machen kann, zeigt, daß alle „Vielecke“ oder „Polygone“, das heißt alle Figuren, die von mehr als drei Seiten begrenzt werden, schon von der leisesten äußerlichen Einwirkung in ihrer Gestalt verändert, völlig verschoben werden und dies um so leichter, je größer die Anzahl ihrer Seiten ist. Alle derartigen Gebilde sind nicht „kinematisch starr“.

Dieser Bedingung entspricht nur die einfachste aller gradlinig begrenzten Figuren, das Dreieck, ganz gleichgültig, in welcher seiner zahlreichen Abarten es auftritt. Das Dreieck allein ist „kinematisch starr“ und damit sind es alle aus Dreiecken zusammengesetzten flächenhaften oder räumlichen Gebilde überhaupt. Das Dreieck muß also die Grundform jeder Eisenkonstruktion sein, alles muß sich auf Dreiecke zurückführen, in Dreiecke auflösen lassen und wo hin und wieder einmal ein Viereck begegnet, hat der Konstrukteur unter dem Zwange einer nicht zu umgehenden Notwendigkeit gehandelt, falls nicht ganz

besondere statische Wirkungen beabsichtigt sind, auf die hier nicht eingegangen werden kann oder wo eine grobe Fahrlässigkeit vorkommt. Solche ist fast nie dem betreffenden Konstrukteur zuzuschreiben, sondern beruht in der Regel darauf, daß an einer Eisenkonstruktion später von unsachkundiger Seite Änderungen, augenblichem Bedürfnis entsprechend, vorgenommen wurden.

Der Fachmann begegnet hier mitunter Dingen, wo er Umwandlung bekommt, nach dem Dichterwort zu handeln: „Hier wendet sich der Gast mit Grausen.“ Habe ich doch einmal in einem großen lothringischen Walzwerk gesehen, daß man, um den Einbau einer Bedienungsbühne zu ermöglichen, aus einem der mächtigen Gitterträger der schwer belasteten Kranbahn die erste, also die am stärksten beanspruchte Diagonale herausgenommen hatte, ohne irgendwelche Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Es war dadurch ein riesenhaftes Viereck entstanden, die Beanspruchungen des Trägerobergurtes lagen nahe der Bruchgrenze und man mußte sich wundern, daß nichts passiert war. Es hätte ebenso gut anders kommen können.

Ist man also in der Notwendigkeit, an einer vorhandenen Eisenkonstruktion ändern zu müssen, so tue man das niemals, ohne sachmännischen Rat eingeholt zu haben. Daß Versäumnis könnte sich einmal bitter rächen, wenn es auch vorher 99mal gut abgegangen ist. Ähnliches gilt, nebenbei bemerkt, von den oft geradezu unsinnigen Belastungen, denen hierfür nicht berechnete Konstruktionen, besonders in schwerindustriellen Betrieben, gerne ausgesetzt werden.

Liegen die Dinge aber so, daß man ein Viereck (andere Figuren kommen kaum in Betracht) nicht umgehen kann, so ergreift man alle ordentlichen Sicherheitsmaßregeln, meist allerdings rein gefühlsmäßig, denn die Berechnung gestaltet sich sofort schwieriger, als es der Wichtigkeit der meisten Konstruktionen angemessen ist.

Bei den einzelnen Konstruktionsteilen unterscheidet man nun, ob sie „vollwandig“ oder „fachwerkartig“ ausgebildet sind. „Vollwandig“ sind zum Beispiel alle gewalzten Träger, denn bei ihnen weist der „Steg“ keinerlei Unterbrechungen auf, sondern bildet eine „volle Wand“. Auch genietete Träger werden nach diesem Prinzip gebaut, meist jedoch nur in Höhen von wenig über einen Meter. Höhen bis zu zwei Meter kommen zwar vor, wirken aber dem Auge unschön, bieten allerlei Schwierigkeiten und sind meist unwirtschaftlich.

Man geht dann besser zum „Fachwerkträger“ über, das heißt man löst den „Steg“ in eine entsprechende Anzahl von Einzelstäben auf, die miteinander ein Netz von Dreiecken bilden.

Ersetzt man sämtliche Stäbe einer Konstruktion durch ihre mathematische Achsen, statt welcher bei nicht zusammengesetzten Querschnitten meist der „Nietriß“ angenommen wird, das heißt die Linie, auf welcher die Nieten angeordnet sind, bei mehreren Nietreihen eine zwischen ihnen verlaufende Linie, so erhält man das „System“ der Konstruktion, das ist also eine mehr oder weniger einfache Figur, aus Dreiecken zusammengesetzt, welche ein klares, übersichtliches, aber ganz unkörperliches Bild der Konstruktion liefert, sozusagen ihr Skelett.

Dieses „System“ ist von der allergrößten Wichtigkeit. Mit seiner Festlegung beginnt jede Entwurfsarbeit, es bildet die Grundlage jeder rechnerischen wie zeichnerischen Arbeit und bestimmt jeden Einzelteil. Aus ihm entwickelt sich alles und ohne es entwickelt sich nichts.

Die einzelnen Konstruktionsteile kann man einteilen in stützende Teile, tragende Teile und gleichzeitig stützende und tragende Teile.

„Stützende“ Teile sind im allgemeinen alle, deren Hauptabmessungen in die Lotrechte fällt, also insbesondere alle Säulen, die man wohl auch schlechtthin „Stützen“ nennt. „Tragende“ Teile erstrecken sich vorzüglich in der Wagerechten. Hierher gehören die „Träger“ aller Art, vom kleinsten I-Profil bis zum riesenhaften Brückenträger, als besonders wichtige Art auch die Dachbinder.

Zugleich stützende und tragende Teile sind etwas seltener und werden in der Hauptsache dargestellt durch die „portalartigen“ Konstruktionen, Zwei- und Drei-Gelenkbogen und ähnliche Anordnungen.

Ganz fest liegen die Grenzen indessen nicht. Übergänge von der einen Funktion zur anderen kommen oft vor. So sind die Säulen einer Außenwand zum Beispiel der Dachlast gegenüber „stützend“, dem Winddruck gegenüber „tragend“.

Ein „System“, das man entwirft, muß genau seinen Zwecken in Konstruktion und statischer Hinsicht entsprechen. Man hat dabei nicht nur Rücksicht zu nehmen auf die

besonderen Bedürfnisse des vorliegenden Baues, sondern auch auf die Möglichkeit einer leichten Berechnungsweise, da sich doch kein vernünftiger Mensch ohne zwingenden Grund Schwierigkeiten bereitet.

Nun unterscheidet man zweierlei „Systeme“, nämlich „statisch bestimmte“ und „statisch unbestimmte“ Systeme. Konstruktiv bearbeitet sich das eine so leicht oder so schwierig wie das andere, rechnerisch aber ist das „unbestimmte“ System stets weitaus unbequemer zu behandeln als das „bestimmte“, ermöglicht jedoch oft eine erhebliche Materialersparnis. Im großen und ganzen kann man wohl sagen, daß „statisch unbestimmte“ Systeme bei großen Konstruktionen ihre Vorzüge haben, bei kleinen aber zu vermeiden sind, da diese allermeist die nun einmal notwendige Rechnungsarbeit nicht vertragen und man sehr leicht dahin gerät, „mit der Kanone nach Spazern zu schießen“.

Daher neigen denn viele Ingenieure dazu, das „unbestimmte“ System nach aller Möglichkeit zu vermeiden oder aber, wo es nicht zu vermeiden ist, es durch irgendeinen kleinen Kunstgriff in ein „bestimmtes“ zu verwandeln. Dabei geht es freilich nicht immer ganz korrekt zu, aber es lassen sich doch meist leidlich brauchbare Ergebnisse erzielen.

Man muß aber gleich beim Entwerfen des Systems darauf acht geben, daß es nicht etwa aus Versehen ein „unbestimmtes“, wohl gar ein „mehrfach unbestimmtes“ wird, was leicht genug unterlaufen und dem Anfänger hinterher böse Überraschungen bereiten kann. Glücklicherweise ist das „unbestimmte“ System als solches sehr leicht zu erkennen.

Man nennt die einzelnen Linien des Systems, d. h. die Seiten der es bildenden Dreiecke „Stäbe“ und die Punkte, in welchen diese „Stäbe“ einander treffen, „Knoten“. Bezeichnet man die Anzahl der Stäbe eines Systems mit s , die Anzahl seiner Knoten mit n , so ergibt sich beim „bestimmten“ System stets die Gleichung: $2n - s = 3$.

Alles, was dem nicht genügt, ist „unbestimmt“. Nähere Erläuterungen würden hier zu weit führen.

Nun muß aber bemerkt werden, daß ein sehr großer Teil der in der Praxis gangbaren Konstruktionen „statisch unbestimmt“ ist. Besonders theoretisch mangelhaft oder gar nicht vorgebildete Personen haben oft eine wahre Sucht, derartige schwierige Gebilde in die Welt zu setzen, die dann rein nach Gutdünken und meist total falsch dimensioniert werden. Eine verhängnisvolle Rolle spielt hierbei die Nachahmung altbewährter Holzkonstruktionen in Eisen. So ziemlich alle Zimmerarbeiten sind nämlich „unbestimmt“, das bringt die Natur des Baustoffes mit sich, denn Holz verhält sich ganz anders als Eisen.

(Fortsetzung folgt)

Würde und Wert der Betriebsräte

Paul Lange

Das Betriebsrätewesen beruht auf dem Gedanken, es müsse in den einzelnen Betrieben der Arbeit diejenige Bedeutung und derjenige Einfluß verschafft werden, der ihr zukommt. Zu einem privatwirtschaftlichen Betrieb gehören das Kapital und die Arbeit. Die Arbeit spielt jedoch in der privatkapitalistischen Wirtschaft nicht diejenige Rolle, die sie haben müßte. Der Besitzer der Produktionsmittel kommandiert und die Arbeit gehorcht. Dies ist nicht nur in den einzelnen Betrieben, sondern in der gesamten Wirtschaft so. Der Zweck des Rätewesens ist, die Arbeit zum ausschlaggebenden Faktor zu machen und das Kapital aus seiner herrschenden Stellung zu verdrängen.

Der Arbeit soll jene Rolle zugewiesen werden; nicht jeder einzelne Arbeiter kann sie spielen. In einem industriellen Großbetrieb kann nicht der einzelne Kapitalist, der einzelne Aktionär nach Belieben schalten und walten. Der einzelne Aktionär kann wohl in der Generalversammlung in längeren Zwischenräumen einmal gewisse Wünsche äußern. Von größerem Einfluß ist der Aufsichtsrat solcher Unternehmungen, aber auch dieser kann den Betrieb selbst nicht leiten; das tut die Direktion. In dieser ballt sich die Macht des Kapitals zusammen. Wenn es sich darum handelt, der Arbeit zu der ihr

entsprechenden Bedeutung im Betriebe und im wirtschaftlichen Leben zu verhelfen, so heißt dies ebenfalls nicht, daß jeder einzelne Arbeiter unbekümmert um den anderen tun und lassen dürfe, was ihm beliebt. Auch die Arbeit kann nur durch ihre beauftragten Vertreter wirken. Die Unternehmer wissen das natürlich sehr genau und versuchen darum, das Rätelwesen lächerlich zu machen, indem sie so tun, als bezwecke es, die Anarchie im Betriebe und im Wirtschaftsleben herbeizuführen. Die Unternehmer, die ihnen noch nachlaufenden indifferenten Angestellten und Arbeiter sowie die bürgerlichen Parteien sträuben sich mit aller Macht, der Arbeit einen größeren Einfluß im wirtschaftlichen Leben einzuräumen. Sie wollen überhaupt keinen Betriebsrat, noch viel weniger wollen sie seine Vertreter im Aufsichtsrat haben.

Daher konnte der Reichstagsabgeordnete Walter Lambach als Redner der Deutschnationalen Volkspartei in einer Reichstagsitzung kürzlich ausführen, seine Partei habe das Betriebsrätegesetz bei seiner Schaffung abgelehnt und auch jetzt noch nicht „eine dem Gesetze freundlichere Stellung“ einnehmen können. Herr Walter Lambach ist nicht etwa ein Großkapitalist, sondern ein Beamter des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, der noch ganz im Sinne der Schwerindustrie denkt. In derselben Rede führte Herr Lambach aus, „daß eine wirklich würdige und wertvolle Vertretung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten nur dann stattfinden könne, wenn diese Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten auch gleichzeitig Vertreter von Kapitalanteilen seien, genau so wie es die übrigen Aufsichtsräte sind“. Der Kapitalbesitz verleiht nach Ansicht dieses Angestelltenvertreters **Würde und Wert**. Daher hätten die Vertreter der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten der großen Unternehmungen nur dann solche Eigenschaften, wenn sie Kapitalanteile vertreten. Dann besäßen sie, wie er weiter meinte, eine „stärkere Legitimation“. Da die Betriebsräte jetzt nur als Vertreter der Arbeit und nicht als Vertreter von Kapitalanteilen in den Aufsichtsrat delegiert werden, hat nach einer weiteren Mitteilung des Herrn Lambach ein Teil der deutschnationalen Fraktionsmitglieder **gegen** das unterm 15. Februar 1922 zur Ausführung von § 70 des Betriebsrätegesetzes **erlassene** Gesetz gestimmt. Ein anderer Teil war mit Herrn Lambach der Meinung, daß sie diesem Gesetz ihre Zustimmung geben können, „aber mit der Voraussetzung und mit der Ankündigung, daß wir nicht nachlassen werden, immer wieder zu drängen und dafür zu sorgen, daß die Grundlage für die Vertretung der Betriebsräte in den Aufsichtsrat eine solche wird, wie sie von Anbeginn an der deutschnationalen Fraktion vorgezeichnet hat, nämlich auf Grund eigener Kapitalbeteiligung“.

Nun muß man sich einmal vorstellen, welche Herrschaften zur deutschnationalen Reichstagsfraktion gehören! Da ist der Edle v. Braun, der General v. Gallwitz, der Rittergutsbesitzer v. Gräfe, der Staatsminister und Bankdirektor Dr. Helfferich, der Staatsminister Hergt, der Rittergutsbesitzer Graf Kanitz, der Unternehmersyndikus Dr. Reichert, der Professor und Rittergutsbesitzer Dr. Semmler, der Graf v. Westarp, Herr Reinhold Wulle und so weiter, die alle den Betriebsräten eine „größere Legitimation“ und mehr Würde und Wert geben wollen. Diese Namen verraten doch gar zu deutlich, wohin die Reise gehen soll!

Die Kluft, die sich hier zwischen uns und der Schwerindustrie, dem Agrar- und Bankkapital, deren Auffassungen Herr Lambach vertritt, aufstut, ist außerordentlich groß. Die Betriebsräte, soweit sie als Delegierte an den Aufsichtsratsitzungen teilnehmen, sollen nach unserer Meinung eben keine Kapitalanteile vertreten. Sie sollen keine **Kapitalinteressen** wahrnehmen. Die Betriebsräte sollen vielmehr die **Arbeit** und deren Interessen vertreten. Das ist schon Legitimation genug, die gar nicht besser sein kann. Und die Arbeit hat allein mehr Würde und Wert als das Kapital, das heute die Betriebe beherrscht.

Wenn man die Auffassungen des Herrn Lambach weiter durchdenkt, würde man zu dem Ergebnis kommen müssen, daß in den großen Betrieben des Reichs, des Staates und der Gemeinde die Betriebsräte überhaupt keine Bedeutung gewinnen können, denn dort können sie ja keine Kapitalanteile erwerben, so lange es sich eben um Betriebe handelt, die der Allgemeinheit gehören. Man wird annehmen dürfen, daß Herr Lambach sich dies noch gar nicht überlegt hat. Aber die Großkapitalisten, deren Auffassungen Herr Lambach vertritt, sind viel zu klug, als daß sie diese Konsequenzen nicht zu überschauen vermöchten. Sie wollen aus den verschiedensten Gründen den Betriebsräten einen Einfluß nur dann einräumen, wenn diese nicht die Interessen der Arbeit, sondern die des **Kapitals** wahrnehmen. Sie wollen aber auch zu gleicher Zeit sich auf diesem Wege in den Betriebsräten Gehilfen heranziehen, die sie als Sturmböcke gegen die Überführung der Produktionsmittel in das Eigentum der Allgemeinheit gebrauchen können. Sie möchten sich Betriebsräte zurechneten, die willige Helfer gegen alle Sozialisierungspläne sind.

Wir aber halten daran fest, daß die Betriebsräte Vertreter der Arbeit sind und nicht die von Kapitalinteressen.

:::

:::

:::

Kann ein Ersatzmann im Betriebsrat außerhalb der Reihenfolge als aktives Mitglied berufen werden?

Endemann, Amberg

Der Schlichtungsausschuß Amberg hat in einer Entlassungsstreitsache gegen einen Schlosser des Hochofenwerkes der Eisenwerksgesellschaft Maximilianhütte in vorstehender Sache nach drei Verhandlungen die Frage bejaht.

Der Schlosser Z. stand als Vertreter der Werkstättenarbeiter unter den Ersatzleuten der Betriebsratsliste an achter Stelle und wurde außerhalb der Reihenfolge in den Betriebsrat berufen, weil der Kollege aus seiner Werkstätte aus dem Betriebsrat ausgeschieden.

Infolge eines Vergehens gegen die Arbeitsordnung hat die Firma dem Z. mit 14tägiger Frist gekündigt, ohne dem Betriebsrat Mitteilung zu machen oder dessen Genehmigung zur Kündigung einzuholen. Z. erhob gegen die Kündigung Beschwerde. Der Betriebsrat war mit der Strafe nicht einverstanden und teilte der Firma mit, daß Z. Betriebsratsmitglied sei.

Die Kündigung des Z. führte zur Entlassung, da die Firma Z. nicht als Betriebsrat anerkannte, da er außerhalb der Reihenfolge eingezogen war und der Firma von der Einziehung des Z. nichts berichtet wurde. Außerdem müsse nach dem WRG die Einziehung für ausscheidende Betriebsräte der Reihenfolge nach erfolgen, wie sie auf der Vorschlagsliste verzeichnet seien.

Der Betriebsrat in seiner Gesamtheit hatte jedoch am 27. April 1921 sofort nach erfolgter Wahl den Beschluß gefaßt, daß für ausscheidende Betriebsräte immer ein

Kollege aus der gleichen Werkabteilung einrücken muß, da die Werkabteilungen zu verschieden seien, wie Hochofen, Walzwerk, Stahlwerk, Ziegelei, Steinbruch, Maschinenbetrieb usw. Dieser Beschluß wurde jedoch aus Versehen der Direktion nicht mitgeteilt.

Auf Grund des Einspruchs gegen die Kündigung, der nach § 84 Abs. 1 und 4 und § 96 des WRG erhoben wurde, mußte sich der Schlichtungsausschuß Amberg (Bayern) mit der Streitfrage beschäftigen. Der Entlassung selbst wurde stattgegeben, da der Schlichtungsausschuß die „Verfehlungen“ des Z. (Verstöße gegen die Arbeitsordnung) als berechtigten Entlassungsgrund anerkannte. Was uns im vorliegenden Falle jedoch interessiert, ist die Frage, ob die Berufung von Z. in den Betriebsrat vom Schlichtungsausschuß als berechtigt anerkannt wurde. Das ist **geschehen**. Im Urteil des Amberger Schlichtungsausschusses vom 23. Januar 1922 heißt es:

„Was die Frage anlangt, ob Z. Mitglied des Betriebsrates ist und als solcher dem Schutz des § 96 WRG genießt, so ist der Ausschuß der Ansicht, daß Z. Mitglied des Betriebsrates ist und daß deshalb zur Kündigung seines Dienstverhältnisses die beklagte Firma der Zustimmung der Betriebsvertretung bedürftig hätte.“

Z. nahm seit September als vollberechtigtes Mitglied an den Sitzungen des Betriebsrates bzw. Arbeiterrates teil. In die seinerzeitige Vorschlagsliste ist in Beachtung des § 22 WRG W. als Vertreter der Werkstättenarbeiter und Z. als dessen Vertreter aufgenommen worden. Wenn nun nach dem Ausscheiden des B. Z. als dessen Vertreter mit allseitiger Zustimmung der Betriebsrats- und Ersatzmitglieder außer der Reihe euberufen wurde, so ist hierin um so weniger ein Verstoß gegen § 40 WRG und § 15 der Wahlordnung zu erblicken, als nach einem früheren Beschluß des Betriebsrates vom 27. April 1921 die Berufung eines Ersatzmitgliedes jeweils aus der Berufsgruppe des ausgeschiedenen Mitgliedes erfolgen soll. Die Bestimmungen des § 40 WRG und § 15 der Wahlordnung enthalten nicht zwingendes Recht. Solange die vom Betriebsrat beschlossene Regelung, die eine innere Angelegenheit betrifft, dem Willen der Arbeiterschaft entspricht, kann sie nicht beanstandet werden.

Wenn ferner in der ausgehängten Bekanntmachung Z. bis zur Kündigung noch als Ersatzmitglied aufgeführt und der Betriebsleitung bis dahin von der Berufung des Z. nichts angezeigt war, so ist das wohl eine Ordnungswidrigkeit, macht aber die Berufung des Z. in den Betriebsrat an sich nicht unwirksam.

Da nun Z. Mitglied des Betriebsrates war und die Betriebsvertretung ihre Zustimmung zur Kündigung nicht erteilt hat, so ist das Dienstverhältnis nicht zur Auflösung gekommen und hatte der Schlichtungsausschuß keinen Anlaß, in dieser Hinsicht eine Entscheidung zu treffen.

Eine Entscheidung wäre nur veranlaßt gewesen, wenn die Beklagte einen Antrag aus § 97 WRG gestellt hätte, was sie aber unterlassen hat. Nachdem die Betriebsleitung Kenntnis davon erhalten hatte, daß Z. Mitglied des Betriebsrates ist, hätte sie die ausgesprochene Kündigung wieder zurücknehmen sollen.“

Beachten wir folgendes: Der § 40 WRG sagt zwar, daß die Ersatzmitglieder der Reihenfolge nach aus dem Wahlvorschlag entnommen werden, ebenso § 15 der Wahlordnung zum WRG, daß die Ersatzmitglieder der Reihenfolge nachrücken. Dies dürfte jedoch in der Praxis nicht immer haltbar sein. Im Kommentar zum WRG sagen auch Flatau und Feig, daß, wenn sich die Parteien auf eine Liste geeinigt haben, es möglich sein müsse, für das ausscheidende Mitglied einer Partei oder Gruppe ein Ersatzmitglied nachrücken zu lassen.

Ist der Betriebsrat verantwortlich, wenn in einem Betrieb an einem gesetzlichen Feiertag mit Zustimmung der Firma gearbeitet wird?

H. Kistler, Frankfurt a. M.

Am 16. November 1921, dem Buß- und Betttag, der in Preußen noch gesetzlicher Feiertag ist, wurde im Betrieb W. Bohrmann Nachf., Frankfurt a. M., mit Zustimmung der Geschäftsleitung gearbeitet. Auf Grund einer schriftlichen Anzeige des „Seelforgers“, in dessen Gemeinde der Betrieb liegt, wurde die Firma und der Vorsitzende des Betriebsrates mit einem Strafzettel bedacht, wonach jeder 500 M. und 100 M. Kosten zu bezahlen hat. Die Firma wurde bestraft, weil sie an einem Festtage Arbeiter in ihrer

Fabrik beschäftigt hat, der Obmann, weil er durch Mißbrauch seiner Stellung als Betriebsratsvorsitzender die Firma veranlaßt hat, den Betrieb nicht zu schließen.

Die Firma zahlte die Strafe, während der Obmann dagegen Einspruch erhob. Am 1. März fand Termin am Schöffengericht statt.

Der Betriebsobmann erklärte, auf Grund der Geldentwertung sei die Arbeiterschaft in einer wirtschaftlich schlechten Lage, deshalb ist die Belegschaft an den Betriebsrat herangetreten, der Firma vorzuschlagen, den Buß- und Betttag zu bezahlen oder arbeiten zu lassen. In der darauffolgenden Verhandlung erklärte die Firma, den Tag arbeiten zu lassen.

Der Vorsitzende des Gerichts meinte, man hätte doch den Tag durch Überstunden nachholen können, ferner sei doch nicht zu bestreiten, daß ein Druck auf die Firma ausgeübt worden sei. Der Obmann hätte die Pflicht gehabt, die Forderungen der Belegschaft zurückzuweisen, da dieselben gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstößen würden.

Dem wurde entgegengehalten, daß der Betriebsrat verpflichtet sei, die Forderungen der Belegschaft gegenüber dem Arbeitgeber zu vertreten. Zurückweisen konnte er diese Forderung nicht, da sich die Arbeiterschaft, wie schon anfangs ausgeführt, in einer großen Notlage befand.

Der Vertreter der Firma führte aus, daß von einer Drohung oder einem Druck bei den Verhandlungen über den Vorschlag der Belegschaft nicht gesprochen werden könnte. Nach Beratung wurde folgendes Urteil verkündet:

Der Angeklagte wird auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Gründe:

Gegen den Strafbefehl vom 28. Januar 1922 hat der Angeklagte rechtzeitig Einspruch eingelegt.

Der Angeklagte war im Namen der etwa 140 Arbeiter der Firma Bohrmann Nachfolger an deren Inhaber Julius Dreifuß herangetreten und hatte als Betriebsratsvorsitzender den Wunsch der Arbeiter vorgetragen, am 16. November 1921, dem Buß- und Betttag, die Arbeit nicht ausfallen zu lassen. Dreifuß ging auf den Vorschlag ein. Entscheidend kam für ihn in Betracht, daß am gleichen Tage des Vorjahres auch gearbeitet worden war, ohne daß von der Aufsichtsbehörde dagegen Einspruch erhoben worden war. Ein Druck irgendwelcher Art ist von seiten des Angeklagten auf Dreifuß nicht ausgeübt worden. Dreifuß ließ es darauf ankommen; es wurde Anzeige erstattet. Die durch Strafbefehl in dieser Sache gegen Dreifuß festgesetzte Geldstrafe von 500 M. wegen Vergehens gegen die §§ 105 h und 146 a der Gewerbeordnung ist anstandslos von ihm bezahlt worden. Der Angeklagte Hertel hat zweifellos die Anregung zu diesem Vorgehen der Firma Bohrmann Nachf. gegeben. Als Anstiftung im Sinne des § 48 des Strafgesetzbuchs ist diese Tätigkeit jedoch nicht aufzufassen. Der Angeklagte war daher auf Kosten der Staatskasse freizusprechen.

..... Kleine wirtschaftliche Nachrichten

Aus der Eisenindustrie. Nach einer Statistik der Vereinigung der tschechischen Metallindustrie betrug die Stahlproduktion 1921: 917662 Tonnen. Gegenüber 1920 (972976 Tonnen) sank die Erzeugung demnach um 55815 Tonnen, das heißt um 5,7 Proz. Die Ursache ist in der Lahmlegung des Exports und in der allgemeinen Wirtschaftskrise zu suchen, ferner in der Einschränkung bzw. Stilllegung der Erzeugung. Es finden gegenwärtig Verhandlungen über eine Erweiterung des tschechischen Eisenkartells statt.

Die Krise in der nordfranzösischen Eisenindustrie dauert an, obwohl infolge der Preiserhöhung in der deutschen Eisenindustrie sich hier und da die französischen Konkurrenzaußichten verbessert haben. Die Reduktion der belgischen Löhne erschwert, nach Ansicht der Unternehmer, die Lage der französischen Industrie.

Nach einem Marktbericht der englischen Eisensfirma H. Ronnebeck in Middlesbrough nehmen die Verschiffungen an Gießerei-Roheisen nach Deutschland fortwährend zu. Die Preise sind sehr fest. Im April wurden seewärts verladen 44183 Tonnen, was wiederum eine Verbesserung gegenüber März zeigt. Davon gingen 10915 Tonnen nach britischen Häfen, nach Deutschland 11582, nach Österreich und Ungarn 825, Belgien 4501, Italien 3045, Frankreich 2235, Japan 1600, Schweden 1135 Tonnen.